



Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
3. September 2020

Protokoll Nr. 48

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 02. Juli 2020, 14.00–16.50 Uhr
im Rathaus am Kornmarkt

Vorsitz:

Ratspräsident Albert Schwarzenbach

Präsenz:

Anwesend sind 39–40 Ratsmitglieder.

Entschuldigt:

Martin Abele, Adrian Albisser, Reto Biesser, Sonja Döbeli
Stirnemann, Laura Grüter Bachmann, Marco Müller, Gian-
luca Pardini, Roger Sonderegger (bis 15 Uhr), Cyrill Studer
Korevaar, Judith Wyrsh (ab 16 Uhr).

Der Stadtrat ist vollzählig erschienen.

Protokoll:

Karin Spinnler Schmid

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen des Ratspräsidenten	3
2. Bericht und Antrag 4/2020 vom 8. April 2020: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2019	4
- Dringliche Interpellation 431, Gianluca Pardini namens der Geschäftsprüfungskommission vom 22. Juni 2020: Generalversammlung der VBL AG über das Geschäftsjahr 2019	12
3. Postulat 330, Marco Baumann und Sandra Felder-Estermann namens der FDP-Fraktion, Agnes Keller-Bucher und Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion sowie Patrick Zibung namens der SVP-Fraktion vom 3. Oktober 2019: Parkplatzlösung für Stadtluzerner Vereine schaffen	13
4. Postulat 376, Mirjam Landwehr und Heidi Rast namens der G/JG-Fraktion vom 20. Januar 2020: Schulareale als wichtigen Teil des öffentlichen Raums anerkennen	Wird verschoben, vgl. S. 20

5.	Interpellation 333, Fabian Reinhard namens der FDP-Fraktion vom 16. Oktober 2019: Kulturelle Nutzung Dreilindenpark	20
6.	Interpellation 351, Marc Lustenberger namens der FDP-Fraktion vom 4. November 2019: Entwicklung von Arbeitsflächen	21
7.	Postulat 354, Adrian Achermann namens der SVP-Fraktion vom 20. November 2019: Gegen Missbrauch von Denkmälern	25
8.	Interpellation 344, Adrian Albisser und Cyrill Studer Korevaar namens der SP/JUSO-Fraktion vom 29. Oktober 2019: Schulwegsicherheit um das Schulhaus Moosmatt	27
9.	Interpellation 366, Yannick Gauch und Martin Wyss namens der SP/JUSO-Fraktion vom 20. Dezember 2019: Über in der Stadt Luzern	27
10.	Interpellation 391, Fabian Reinhard namens der FDP-Fraktion vom 5. März 2020: Über in Luzern	32
11.	Postulat 335, Daniel Lütolf namens der GLP-Fraktion vom 18. Oktober 2019: Autofreie Waldstätterstrasse bei der Migros	32
-	Rückkommen auf Dringliche Interpellation 431, Gianluca Pardini namens der Geschäftsprüfungskommission vom 22. Juni 2020 Generalversammlung der VBL AG über das Geschäftsjahr 2019	37
12.	Postulat 342, Regula Müller und Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion vom 28. Oktober 2019: Eine «Bibliothek der Dinge» für Luzern	Wurde vor der Sitzung zurückgezogen
13.	Postulat 343, Marco Müller namens der G/JG-Fraktion und Maria Pilotto namens der SP/JUSO-Fraktion vom 28. Oktober 2019: «Integrierte Versorgung» in der Stadt Luzern	Wird verschoben, vgl. S. 39
14.	Interpellation 358, Maria Pilotto namens der SP/JUSO-Fraktion vom 29. November 2019: Familienergänzende Kinderbetreuung im steten Wandel – Wohin geht die Entwicklung?	39

Beratung der Traktanden

1 Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Albert Schwarzenbach begrüsst alle Anwesenden zur letzten Sitzung dieser Legislaturperiode. Es ist eine spezielle Sitzung. Sie wurde damals, während der Coronazeit, in der Geschäftsleitung beschlossen, weil noch viele Vorstösse hängig sind und es gut wäre, den einen oder anderen Vorstoss noch in der aktuellen Legislatur behandeln zu können.

In der letzten Sitzung wurden viele Ratsmitglieder verabschiedet. Der Sprechende erhielt darüber viele positive Reaktionen und bedankt sich; es hat ihn sehr gefreut. In der Zwischenzeit fanden Wahlen statt und Franziska Bitzi Staub und Manuela Jost wurden glanzvoll wiedergewählt [langandauernder Applaus]. Der Sprechende wünscht den beiden Stadträtinnen eine erfolgreiche neue Legislaturperiode. Wie in den Medien zu entnehmen war, haben sie noch einiges vor. Der Sprechende gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Seite 1).

Zur Traktandenliste:

- Das Postulat 342, Regula Müller und Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion vom 28. Oktober 2019: «Eine Bibliothek der Dinge für Luzern» wurde vor der Sitzung zurückgezogen.
Das Traktandum 12 wird abtraktandiert.

Zu dem als dringlich eingereichten Vorstoss

- Dringliche Interpellation 431, Gianluca Pardini namens der Geschäftsprüfungskommission vom 22. Juni 2020:
Generalversammlung der VBL AG über das Geschäftsjahr 2019

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit dieser Interpellation nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die Dringlichkeit der Interpellation ist somit beschlossen.

Sie wird im Anschluss an Traktandum 2 behandelt.

Die Antwort des Stadtrates wird nun für die Ratsmitglieder sowie die Medienschaffenden elektronisch aufgeschaltet.

2 Bericht und Antrag 4/2020 vom 8. April 2020: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2019

EINTRETEN

GPK-Vizepräsident Thomas Gfeller: Die Geschäftsprüfungskommission der Stadt Luzern hat an ihrer Sitzung vom 18. Juni 2020 den B+A 4/2020: «Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2019» beraten. Der vorliegende Jahresbericht, der Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie – mit Ausnahme von Kapitel 4.2 – sowie die Abrechnung des Sonderkredits wurden einstimmig genehmigt. Die laufende Rechnung schloss mit einem Ertragsüberschuss von 26,7 Mio. Franken ab. Zu Diskussion Anlass gegeben haben die erstmalige Anwendung der Globalbudgets unter HRM2 (harmonisiertes Rechnungslegungsmodell 2) und der Investitionsplafond, der wiederholt nicht ausgeschöpft werden konnte. Im Namen der Geschäftsprüfungskommission ist zum Thema Beteiligungsstrategie VBL, Geschäftsjahr 2019, eine Dringliche Interpellation eingereicht worden, die das Parlament im Anschluss diskutieren wird.

Mirjam Fries möchte gleich zu Beginn die Gelegenheit ergreifen, sich im Namen der CVP-Fraktion bei der Verwaltung für all die Arbeit, die sie im letzten Jahr geleistet hat, zu bedanken. Gerade auch die Umstellung auf HRM2 war nicht nur für die Finanzverwaltung ein Kraftakt. Wenn man den Geschäftsbericht liest, wird einem wieder bewusst, was alles im alten Jahr gelaufen ist. Selten hat sich die Welt so schnell von einem auf das andere Jahr verändert wie dieses Mal. Die Aufgaben- und Finanzreform 18 (AFR18) hat man zwar kommen sehen, sie betraf uns aber noch nicht und Corona war noch weit weg. Die Sprechende betont es deshalb gerne noch einmal an dieser Stelle: 2019 war ein finanziell erfolgreiches Jahr. Die Stadt hat einen Gewinn von 26,7 Mio. Franken erzielt. Man kann es so sagen: Zum Glück hat die Stadt das letzte Jahr so gut abgeschlossen. So sind wir zumindest einigermaßen gerüstet für die kommenden Jahre. Es darf sicher noch einmal dankbar erwähnt werden, dass das Budgetreferendum der SVP, welche eine Steuersenkung forderte, durch die Stadtbevölkerung klar abgelehnt wurde. Und die Tatsache, dass bei den Globalbudgets doch einiges an Luft drin war, lässt darauf schliessen, dass es noch Kompensationspotenzial hat. Das wird auch notwendig sein. Zwei aus Sicht der CVP-Fraktion zukunftssträchtige Projekte wurden im letzten Jahr aufgegleist: Einerseits sagte das Parlament Ja zu einer Digitalstrategie, die noch erarbeitet werden muss. In dem Sinne bejaht das Parlament, dass die Stadt in die Digitalisierung investiert. Was diesbezüglich die verwaltungsinternen Prozesse betrifft, ging es in den vergangenen Monaten sicher einen gewaltigen Schritt vorwärts. Ohne Corona wäre das nie so schnell gegangen. Das betrifft allerdings nicht nur die Stadtverwaltung, das ging auch vielen Firmen so. Andererseits sagte das Parlament auch Ja zum Planungsprozess im Zusammenhang mit den freiwerdenden Flächen durch die Realisierung des Durchgangsbahnhofs und genehmigte die entsprechenden Ressourcen. Die CVP-Fraktion sieht hier eine riesige städtebauliche Chance für die Stadt Luzern. Zurück zu den Zahlen: Schon vor Corona waren die Aussichten infolge AFR18 unklar bis düster. Sicher ist, dass sich die AFR18 negativ auf den städtischen Finanzhaushalt auswirken wird. Inzwischen veröffentlichte die Stadt Zahlen zu den Auswirkungen von Corona, wobei es sich dabei um

Annahmen handelt. Das Jahr 2020 wird eine schwierige Basis sein für die Beurteilung der effektiven Finanzkraft. Deshalb soll die Stadt keine überstürzten Massnahmen ergreifen, weder auf der Ausgaben- noch auf der Einnahmenseite.

Die CVP-Fraktion will deshalb sicher keine Steuererhöhung. Für die Fraktion war aber schon vor Corona klar, dass bei den Ausgaben zwischen notwendig und wünschenswert unterschieden werden muss. Die Fraktion hat den Stellenaufbau in der Verwaltung kritisch bemängelt und tut es noch immer. Andererseits ist die Fraktion der Meinung, dass Investitionen jetzt nicht gestoppt werden dürfen. Es soll ein vernünftiger Mittelweg beschritten werden. In den letzten Jahren hat man eher mit grosser Kelle angerichtet; das war nach den Sparpaketen auch gut so. Jetzt scheint der Fraktion masshalten angebracht zu sein.

Im Sinne eines positiven Rückblicks tritt die CVP-Fraktion auf den Bericht und Antrag ein und stimmt diesem zu. Dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission, bezüglich Streichung von Punkt 4.2 bei den Beteiligungen, wird die Fraktion folgen.

Simon Roth: Das Jahr 2019 ist jetzt doch schon eine Weile her und vieles, was heute Alltag ist, haben sich die meisten von uns wohl beim besten Willen nicht vorstellen können. Damit ist dieser Jahresbericht vom Gefühl her tatsächlich schon ein ziemlich historisches Dokument. Trotzdem möchte die SP/JUSO-Fraktion die Gelegenheit nutzen, allen Mitarbeitenden ihren herzlichen Dank für ihre Arbeit im Jahr 2019 und darüber hinaus auszudrücken.

Wir haben jetzt den ersten Geschäftsbericht, der unter HRM2 zustande gekommen ist. Einiges ist anders geworden, anderes gleich geblieben. Gleich geblieben ist beispielsweise ein deutlich besseres Ergebnis als budgetiert. Durchschnittlich hat diese positive Abweichung in den vergangenen zehn Jahren jährlich knapp 15 Mio. Franken betragen. Diesmal sind es sogar beinahe 27 Mio. Franken. Dass im Jahr 2019 besonders vorsichtig budgetiert wurde, ist angesichts der Einführung des Globalbudgets verständlich. Gleich geblieben ist auch, dass es nicht gelungen ist, den Investitionsplafond auszuschöpfen. Mit den vorgesehenen Kreditübertragungen ist dies aber immerhin nicht mehr ganz so ärgerlich wie früher.

Geändert hat sich die Darstellung der Zahlen. Einerseits fehlen – aus nachvollziehbaren Gründen – an vielen Orten die Vergleichszahlen vom Jahr 2018. Es fehlen auch viele der früheren Positionen. Der Sprechende bedauert die Änderung nicht wirklich; so wie es jetzt dargestellt ist, ist es übersichtlicher. An vielen Orten gibt es neu Indikatoren und statistische Grundlagen; diese sind grundsätzlich wertvoll. Es muss aber geprüft werden, ob diese noch aussagekräftiger gestaltet werden können. In die Zukunft gerichtet, sieht es die SP/JUSO-Fraktion gleich wie die CVP-Fraktion. Die Fraktion hat immer gesagt, dass sie nicht aufgrund der AFR18 eine Steuererhöhung beschliessen oder ein massives Sparpaket schnüren will. Man soll zuerst Erfahrungen sammeln. Es ist klar, dass es mit dem Jahr 2020 vermutlich schwierig sein wird, genau zu sehen, welche Auswirkungen auf die Stadt Luzern zukommen. Die SP/JUSO-Fraktion wird auf den Bericht und Antrag eintreten und diesem zustimmen. Genauso folgt sie dem Antrag aus der Geschäftsprüfungskommission.

Christian Hochstrasser: Neben den vielen Leistungen, welche im vergangenen Jahr von der Stadtverwaltung für die Bevölkerung zuverlässig und engagiert erbracht wurden, gibt uns der Bericht über das vergangene Finanzjahr Auskunft. Und gleichzeitig bietet es Gelegenheit für eine vertiefte Analyse, ein paar Schlussfolgerungen und den Blick in die Zukunft.

Das Jahr 2019 war für die Stadt inhaltlich ein Jahr, welches im Parlament und bei der Bevölkerung u.a. für mehr Veloförderung gestanden ist (zwei Volksabstimmungen), für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur (BehiG-Bushaltestellen). Es war aber auch das Jahr, in dem das Parlament wichtige und dringende Anstösse gegeben hat für eine echte Tagesschule (überwiesene Motion), für den Gasausstieg der ewl (Auftrag im Rahmen der Beteiligungsstrategie) zusammen mit den beiden Motionen für eine neue Klimapolitik (Netto Null CO₂-Emissionen bis 2030), aber auch für die Eindämmung der Airbnb-Angebote (überwiesene Motion), für die Schaffung einer Stelle für Gleichstellung (ebenfalls überwiesene Motion) und auch für die Zukunft des Tourismus mit der Vision Tourismus 2030 (wir hören heute noch davon).

Von der langfristigen Politperspektive zu den Finanzen des letzten Jahres: Eigentlich kann man die jährliche städtische Rechnung immer mit den gleichen Worten kommentieren: «Schön, dass man so gut abgeschnitten hat und man so einen grossen Gewinn erzielen konnte». Aber gleichzeitig wurde im Vorfeld des Jahres 2019 erneut ein düsteres Finanzjahr prognostiziert. Die Finanzprognosen mögen herausfordernd sein, aber diese strukturelle Unterschätzung ist für die G/JG-Fraktion ein Problem und ein weiteres schwierig einzuschätzendes Element für die mittelfristige Finanzplanung.

Effektiv waren die Ergebnisse der letzten Jahre stets um mehr als 10 bis 15 Mio. Franken besser ausgefallen als budgetiert. Jedes Mal sprach der Stadtrat dabei im Vorfeld oder im Nachgang von «Einmaleffekten», von nicht planbaren Ereignissen und für die Zukunft sieht es auch jetzt wieder schlecht aus. Gewisse finanzielle Herausforderungen sind dabei sicher nicht zu unterschätzen – Stichwort Aufgaben- und Finanzreform 18 (AFR18). Aber verschiedene Positiveffekte werden aus Sicht der G/JG-Fraktion systematisch unterschätzt. Beispiele dafür sind die vorsichtige Budgetierung und der Fakt, dass man die Globalbudgets bei den Ausgaben systembedingt immer nur unterschreiten und nur in extremen Ausnahmen überschreiten kann. Mit dem HRM2 merkte man das nun das erste Mal.

Aktuell in Diskussion ist die Frage, ob und wie gross die coronabedingte Wirtschaftslage auf die städtischen Finanzen Auswirkungen hat. Die G/JG-Fraktion ist der Meinung, dass es sicher unbestritten ist und dass die Auswirkungen sicher hoch sein und in den Jahren 2020 und 2021 zu schlechten Ergebnissen führen werden. Gerade jetzt in der aktuellen Krise braucht es aber eine Stadt, die investiert, die für die Bevölkerung, Wirtschaft und Gesellschaft eine verlässliche Partnerin ist, die in der Krise unterstützt und dort, wo es nötig ist, hilft. Das geht nun mal nicht gratis. Ein Abbau der Leistungen und Unterstützungen, um die Rechnung der Stadt kurzfristig zu schonen, kann nicht das gemeinwirtschaftliche Ziel dieser Stadt sein. Und Mass halten, wie es Mirjam Fries erwähnt hat – macht die Stadtverwaltung bereits. Man sieht es beim Umgang mit den Globalbudgets; häufig sind sie nicht ausgeschöpft worden. Bei der mittelfristigen Perspektive ist die Fraktion froh, dass der Stadtrat und auch andere Fraktionen es so sehen, dass man jetzt nicht irgendwie versucht, um jeden Preis die Rechnung sofort ins Gleichgewicht zu bringen, sondern das in einer mittelfristigen Perspektive anschaut.

Grundsätzlich bleibt die G/JG-Fraktion bei ihrer Haltung, im Frühling 2021, also in etwa neun Monaten, mit der vorliegenden Rechnung 2020 eine Auslegeordnung zu machen, um allfällige strukturelle Defizite für die Zukunft zu erkennen, die u.a. aufgrund der AFR18 und nach Umstellung auf HRM2 sichtbar werden. Mit dem aktuellen Finanzjahr 2020 wird das aber sehr schwierig sein. Faktoren wie Corona, AFR18 und andere einmalige oder strukturelle Effekte auseinanderzuhalten, ist

sehr anspruchsvoll bis fast unmöglich. Im Zweifelsfall ist die G/JG-Fraktion nicht bereit, einschneidende Massnahmen wie Leistungsabbau oder Steuererhöhungen zu ergreifen, ausser die Gründe sind wirklich abschliessend geklärt und langanhaltend.

Aktuell ist die G/JG-Fraktion der Meinung, dass der Stadtrat und das Parlament den Mut haben müssten, ein weiteres Jahr zuzuwarten, um eine bessere, verlässlichere Entscheidungsgrundlage zu haben, ob und mit welchen Massnahmen man in die Finanzpolitik eingreifen muss. Es spielt langfristig (strukturell) keine entscheidende Rolle, ob man die Massnahmen ein Jahr früher oder später umsetzt. Es braucht den langfristigen Horizont.

Die Stadt hat genug Reserven, um das eine oder andere schwierige Jahr finanziell sorglos zu überstehen. Schliesslich hat die Stadt durch die regelmässigen Gewinne der letzten Jahre auch genug Eigenkapital angehäuft; zusammengezählt sind es gegen 100 Mio. Franken. Oder anders gesagt: Wer regelmässig über 20 Mio. Franken Überschuss macht, sollte wegen ein- oder zweimaligen Defiziten in diesem Rahmen nicht gleich kalte Füsse bekommen. Die G/JG-Fraktion appelliert an eine gewisse Gelassenheit, mindestens kurzfristig. Langfristig ist es der Fraktion ein Anliegen, dass man die Rechnung ins Gleichgewicht bringt. Für eine solche langfristige Ausrichtung der Finanzpolitik braucht es aber auch rechtlich den nötigen Spielraum. Das Parlament wird dazu im Herbst über die Motion 332: «Mit weniger Vorgaben zu mehr Spielraum im Finanzhaushalt» sprechen und hoffentlich dort auch der langfristigen Perspektive mehr Gewicht geben.

Die G/JG-Fraktion tritt auf den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung ein, dankt nochmals allen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung und stimmt dem Geschäftsbericht, der Rechnung und den Anträgen des Stadtrates bzw. der Geschäftsprüfungskommission zu.

Marco Baumann: Die FDP-Fraktion dankt der Verwaltung für die grosse Arbeit, die sie im letzten Jahr geleistet hat. Ein spezieller Dank geht dabei an die Finanzverwaltung, die mit der Umstellung auf das neue FHGG (Handbuch zum Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden) einen grossen Aufwand hatte. Dem Parlament liegt jetzt ein sauberer und gut dokumentierter Geschäftsbericht vor. Herzlichen Dank dafür.

Die Stadt Luzern hat auch im Jahr 2019 wieder einen grösseren Gewinn verzeichnet, obwohl seit einigen Jahren immer mit Verlusten gerechnet wird. Dieses Mal ist die FDP-Fraktion aber froh über den positiven Finanzabschluss der Stadt. Das gibt Luft und Entlastung für die schwierigen Monate mit und nach der Pandemie. Der Virus hat unser gesellschaftliches Leben lahmgelegt und das wirtschaftliche stark ausgebremst. Die Rechnung der Stadt Luzern wird deshalb im Jahr 2020 und wohl auch noch im Jahr 2021 stark belastet. Alle hoffen sehr, dass es nicht zu einer zweiten Welle kommt, die die Probleme noch verschärft.

Heute soll aber kurz auf das Jahr 2019 zurückgeschaut werden, als noch alles mehr oder weniger in Ordnung gewesen ist. Der Geschäftsbericht mit der Jahresrechnung 2019 ist sehr informativ und zeigt auf, was tagtäglich in der Stadtverwaltung geleistet wird. Die Stadt Luzern hat auch im Jahr 2019 wieder eine gute Arbeit für die Bevölkerung gemacht und es zusätzlich geschafft, nachhaltig mit den finanziellen Mitteln umzugehen. Und das, obwohl vom Bund und Kanton laufend neue Aufgaben auf Gemeindeebene hinunter delegiert werden und auch das Parlament immer neue Ideen hat, was die Stadt noch alles leisten könnte. Es ist wichtig, dass wir auch in Zukunft nachhaltig mit den vorhandenen Geldern umgehen. Die FDP-Fraktion wird in den nächsten Jahren noch stärker darauf schauen. Denn wenn man beachtet, dass die Aufgaben laufend zunehmen, müsste es auch

auf der Einnahmenseite ein ähnliches Wachstum geben. Die Jahresrechnung 2019 zeigt aber, dass die Stadt sich bei der Steuerkraft, im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden, in den letzten Jahren unterdurchschnittlich entwickelt hat. Auch sind die Wachstumsprognosen in Bezug auf die Steuererträge und die Bevölkerung wieder verfehlt worden. Die Erträge bei den natürlichen Personen liegen darum wieder unter dem Budget. Doch die grösste Abweichung zum Budget ist, wie schon in den Vorjahren, den Erbschaftssteuern und den Grundstückgewinnsteuern geschuldet, was der Stadt hauptsächlich diesen Gewinn beschert hat. Die Stadt Luzern ist aktuell zu wenig finanzstark und zu fest von den Sondersteuern abhängig. So können die Aufgaben in Zukunft nicht mehr finanziert werden. Vor allem im Hinblick auf AFR18 werden Sondersteuererträge noch grosse Veränderungen erfahren. Die FDP-Fraktion erwartet deshalb vom Stadtrat eine Strategie, wie langfristig die eigene Finanzkraft erhöht werden kann.

Auf der Ausgabenseite sind die Budgets sehr gut eingehalten oder teilweise sogar deutlich unterschritten worden. Die FDP-Fraktion versteht, dass im Rahmen der Umstellung auf FHGG (Handbuch zum Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden) konservativer budgetiert worden ist. Sie erwartet jetzt aber, dass auf diese Sicherheitspuffer im Budget 2021 möglichst verzichtet wird, damit man auch bei den Ausgaben wieder eher das Budget erreicht. Nur so können die öffentlichen Gelder optimal für Projekte und Aufgaben zur Verfügung gestellt werden. Und wichtige Projekte stehen bevor. Wir werden die Stadt für die Zukunft rüsten müssen. So wird die Stadt eine neue Klimapolitik definieren und finanzieren müssen, eine Vision für den Tourismus wie auch eine neue Lösung für Carparkplätze entwickeln und die ganz Stadt smarter und digitaler gestalten müssen. Das alles wird uns fordern. Deshalb müssen jetzt die richtigen Weichen für die Zukunft gestellt werden. Die wenigen Kosten, die noch beeinflussbar sind, müssen möglichst tief gehalten und auf Nice-to-haves soll möglichst verzichtet werden. Weil alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt stark vom wirtschaftlichen Abschwung betroffen sind, fordert die FDP-Fraktion den Verzicht auf eine Erhöhung der Steuern, Gebühren oder Abgaben. Das wäre zurzeit mit diesem finanziellen Polster nicht angebracht. Eher müsste man bei einem Nettovermögen von 224 Mio. Franken eine Steuer-senkung prüfen, was aber im aktuellen Blindflug aufgrund der Auswirkungen durch Corona und AFR18 nicht zu verantworten wäre. Wie am Anfang erwähnt, ist die FDP-Fraktion mit der im Jahr 2019 geleisteten Arbeit der Stadtverwaltung zufrieden. Sie ist überzeugt, dass man gemeinsam die künftigen Herausforderungen anpacken kann.

Die FDP-Fraktion tritt deshalb auf den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2019 ein, wird zustimmen und auch dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission folgen.

Thomas Gfeller: Die SVP-Fraktion dankt der Verwaltung für die Ausarbeitung der Jahresrechnung 2019. Das Ergebnis mit einem Überschuss von mehr als 26 Mio. Franken ist äusserst erfreulich, hat man doch einen Aufwandüberschuss von knapp Fr. 750'000.– budgetiert. Die Gründe, weshalb es zu einem solch grossen Überschuss gekommen ist, kann man im Jahresbericht nachlesen. Die SVP-Fraktion hält fest, dass die Stadt in den letzten vier bis fünf Jahren sehr erfolgreiche Ergebnisse präsentiert hat. Jedes Jahr sagte sie aber, das sei das letzte Jahr. Jetzt glaubt die SVP-Fraktion auch, dass das Jahr 2019 die Wende sein wird, d.h., dass die Stadt das letzte Mal so einen positiven Abschluss zeigen kann. Die Stadt steht vor wirtschaftlich sehr grossen Herausforderungen und wird froh sein, Reserven zu haben. Die SVP-Fraktion hat im Jahr 2019 Diverses versucht, um einerseits die Ausgaben zu optimieren und andererseits die Steuern zu senken. Beide Male

scheiterte die SVP mit ihren Referenden. Das hat die Fraktion ohne Wenn und Aber zu akzeptieren. Selbstkritisch muss man aus heutiger Sicht sagen, dass die SVP vielleicht zum Glück scheiterte. Aber wer hat damals gedacht, dass das Jahr 2020 so ein schwieriges Jahr für die Stadt werden würde. Vermutlich wären gewisse Entscheide damals, wenn man es voraussehen hätte können, anders gefällt worden. Zu den einzelnen Positionen will sich die SVP-Fraktion rückblickend nicht mehr gross äussern. Der Fraktion ist es wichtig, dass man jetzt, in dieser schwierigen Zeit, nach vorne schaut und die Weichen korrekt stellt. Die Fraktion interessiert vor allem, wie sich die Steuererträge zwischen natürlichen und juristischen Personen auch in Zukunft zusammensetzen. Man sieht aus dem Geschäftsbericht, dass die budgetierten Erwartungen bei natürlichen Personen nicht eingetroffen sind und der Gap nicht durch die Einnahmen bei juristischen Personen hätte kompensiert werden können. Diese Entwicklung macht in Zeiten von Corona noch mehr Sorgen als sonst und muss sicherlich genau verfolgt werden. Immer wieder wird uns von Finanzexperten mitgeteilt, dass es so nicht mehr weitergehen kann, das grosse Defizit werde kommen. Was die SVP-Fraktion nicht will, ist, dass man das Defizit mit Steuererhöhungen, Erhöhungen von Gebühren und Abgaben ausgleicht. Die SVP-Fraktion erwartet von allen Parlamentsmitgliedern, dass in Zukunft das Wunschkarussell ein bisschen langsamer gedreht wird und man sich fragt, woher das Geld kommt und wo es sinnvoll eingesetzt werden soll. Die SVP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und folgt dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission.

Jules Gut: Die GLP-Fraktion dankt den Mitarbeitenden der Verwaltung für die geleistete Arbeit im letzten Jahr. Ihr Einsatz wird von den Parlamentarierinnen und Parlamentariern, aber auch sicher von der Bevölkerung, sehr geschätzt. Die Jahresrechnung 2019 ist ein Rückblick und somit noch frei von Corona und den kurz- und langfristigen Folgen. Es hat fast etwas Surreales. Vor uns liegt ein hervorragender Abschluss und trotzdem kann sich die Stadt nicht wirklich darüber freuen. Aus Sicht der GLP-Fraktion gibt es ein paar Punkte, die aufgefallen sind oder von besonderer Wichtigkeit sind. Zum Beispiel die hohe Ausgabendisziplin der Verwaltung, die die Fraktion sehr positiv zur Kenntnis nimmt. Gleichzeitig aber rechnet die Fraktion mit längeren Entlastungsmassnahmen des Kantons, die auf die Gemeinden abgewälzt werden; das macht es nicht einfacher. Die Stadt ist mit diesem Abschluss finanziell gut aufgestellt. Das erlaubt der Stadt, über den finanzpolitischen Tellerrand hinauszuschauen und zukünftige Entwicklungen aktiv anzugehen. Besonders Freude hat die Fraktion nach wie vor an den grossen Investitionen in die Schulhäuser und in andere Infrastrukturen. Auch die Forderung nach mehr Digitalisierung und die Schaffung von Tagesschulen stellt die Stadt vor grosse Herausforderungen, die die Fraktion aber gerne annimmt und zeitnah umsetzen möchte. Es gibt aber auch Beispiele, wie die stadtinternen Rechnungsabläufe, die nach wie vor sehr kompliziert und wenig digitalisiert sind. Die GLP-Fraktion begrüsst die gut angelaufene Pilotphase für Gutscheine im Alter, wünscht aber, ganz liberal, dass auch VICINO Luzern die Kompetenz erhält, diese Scheine zu verteilen. Die Fraktion ist auch begeistert, wie schnell und unkonventionell Hilfe in der Stadt Luzern möglich ist, z. B. werden für Seniorinnen und Senioren Mahlzeiten für fünf Franken nach Hause geliefert. Ein grosses Thema wird die Klimadiskussion sein. Im vergangenen Jahr wurden dazu bereits diverse Vorarbeiten geleistet. Die Fraktion geht davon aus, dass man im März eine ganz intensive und vielleicht auch schwierige Diskussion hier im Rat führen wird. Sie findet aber, dass die Stadt gut aufgestellt ist, um diese Diskussion führen zu können. Ent-

gegen der Meinung des Stadtrates ist die GLP-Fraktion der Meinung, dass man zum Beispiel öffentliche Infrastrukturen für die Elektromobilität umsetzen muss. Die Sozialkosten hat die Stadt Luzern im Jahr 2019 im Griff gehabt. Die Fraktion macht aber ein grosses Fragezeichen, wie sich die Sozialkosten aufgrund der Coronakrise entwickeln werden. Die langfristige Finanzplanung der Stadt Luzern, mit den ganzen Folgewirkungen aus der aktuellen Krise, ist aus Sicht der Fraktion wohl die grösste Herausforderung für die nächste Legislatur. Aufgrund der Überträge aus HRM2 könnte die Stadt das Budget 2021 mit dem Investitionsplafond fast auf null setzen und man hätte immer noch genügend Überträge aus den Vorjahren. Aufgrund der neuen Rechnungslegung, der Neuordnung der Abschreibungsdauer und der Aufwertung der stadteigenen Liegenschaften hat die Stadt Luzern mittlerweile ein Nettovermögen. Aus Sicht der GLP-Fraktion ist man für die kommenden schwierigen Jahre für den städtischen Haushalt gut gerüstet. Die Fraktion tritt ein, stimmt zu und wird den Antrag der Geschäftsprüfungskommission unterstützen.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub dankt den Grossstadträtinnen und Grossstadträten im Namen des Stadtrates und der Verwaltung für die wertschätzende Würdigung der vielfältigen Arbeit, die geleistet wurde im letzten Jahr. Die Sprechende möchte sich auch bei der Geschäftsprüfungskommission für die kritische Begleitung dieser Geschäfte bedanken. Was den Ausblick betrifft, wie es weitergehen soll, da muss man sich vielleicht noch finden. Die Sprechende teilt all die kritischen Bemerkungen zum Geschäftsbericht der letzten Jahre. Es ist gut und wichtig, im Dialog miteinander zu schauen, wie und wo Verbesserungen vorgenommen werden können. Man hat mit der erstmaligen Anwendung von HRM2 einen gewissen Lernprozess durchgemacht, insbesondere in Bezug auf die Globalbudgets: Was für Kompensationsmöglichkeiten gibt es, wie läuft es mit den Abschreibungen, mit den Personalrückstellungen etc. Es hat diverse Punkte, die man nun am Anschauen ist. Die Sprechende dankt für die kritische Begleitung dieses Prozesses. Man steht nun bei den Finanzen an einem Wendepunkt. Die letzten Jahre waren sehr positiv. Seitdem die Sprechende das Amt im Frühling 2017 antreten durfte, waren die Abschlüsse 2016/2017/2018 immer höchst erfreulich; und jetzt auch nochmals der Abschluss 2019. Es ist wichtig, dass die Ausgabenseite stimmt. Auf der Ausgabenseite ist die Stadt relativ genau in der Budgetierung: sie ist sparsam, kostenbewusst; das sieht man. Aufgrund des Wechsels auf das Globalbudget wurden im letzten Jahr etwas Reserven eingerechnet. Aber grundsätzlich ist die Ausgabenseite diejenige Seite, die man im Griff haben muss. Bei der Einnahmen-/Ertragsseite sind jeweils Schätzungen enthalten. Annahmen zu treffen und Szenarien zu skizzieren sind keine einfache Sache. Für das nächste Jahr wird es besonders herausfordernd. Die Stadt hat aufgrund der Überschüsse der letzten Jahre ein gutes Polster. Doch dieses Geld braucht es zum Investieren. Die Stadt will einerseits Werke, die man der nächsten Generation hinterlassen kann, wie Schulhäuser, BehiG (Haltestellen anpassen) etc. und andererseits braucht man die Überschüsse zur Weiterentwicklung der Digitalisierung. Es liegt nicht alles parat auf einem Konto, um künftige Ausfälle kompensieren zu können; das Geld ist bereits zu einem grossen Teil verplant. Die Ertragsseite wird die grosse Herausforderung sein. Abzuschätzen, wie diese in Zukunft aussehen wird, ist schwierig. Es wurde gesagt, man habe Sicherheitspuffer drin etc. Es kann aber sehr gut sein, dass sich die Schätzungen für das nächste Jahr zum Beispiel als zu optimistisch herausstellen, weil man jetzt im aktuellen Jahr noch nicht einmal richtig weiss, wie lange die Coronakrise dauert, ob sie nur eine V-Rezession auslöst, d.h. einen schnellen Absturz bewirkt, aber auch wieder eine rasche Erholung. Im Moment gerade, wo die

Fallzahlen wieder zunehmen und es wieder neue Einschränkungen gibt, bleibt die Lage unklar. Die Angst vor der zweiten Welle ist für die Wirtschaft recht blockierend. Man weiss nicht, wie optimistisch man sein darf. Von daher: Für das nächste Jahr kann es durchaus sein, dass man vielleicht auf der Ertragsseite rückblickend zu optimistisch gewesen ist.

Der Grosse Stadtrat tritt somit auf den B+A 4/2020: «Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2019» ein.

DETAIL

Seite 221 4.2 vbl

GPK-Vizekommissionspräsident Thomas Gfeller: Die Geschäftsprüfungskommission hat an ihrer Sitzung vom 18. Juni 2020 folgende **Protokollbemerkung** formuliert:

Die Ausführungen im Kapitel 4.2 des «Berichtes zur Umsetzung der Beteiligungsstrategie» sind nicht korrekt.

Die GPK hat diese einstimmig (11 : 0 : 0) überwiesen.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Somit überweist der Grosse Stadtrat die Protokollbemerkung.

Seite 240 ff. Antrag und Beschluss

- I. Der Grosse Stadtrat genehmigt den Jahresbericht (Geschäftsbericht und Jahresrechnung) für das Jahr 2019.**
- II. Der Grosse Stadtrat genehmigt den Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie mit Ausnahme des Kapitels 4.2 (vbl).**
- III. Der Grosse Stadtrat genehmigt die Abrechnung der Sonderkredite.**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 4 vom 8. April 2020 betreffend:

Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2019,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, welche den zusammenfassenden Prüfungsbericht des Finanzinspektorats eingesehen hat,
in Anwendung von § 17, § 41 Abs. 1 und § 46 des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016, Art. 30 Abs. 1 lit. a und
Art. 69 lit. c Ziff. 9 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999, Art. 8 und 10 des Reglements über das Beteiligungsmanagement
der Stadt Luzern vom 21. März 2019, Art. 13 Abs. 1 des Reglements über den Finanzhaushalt der Stadt Luzern vom 21. September 2017 sowie
Art. 53 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Der Jahresbericht (Geschäftsbericht und Jahresrechnung) für das Jahr 2019 wird genehmigt.
- II. Der Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie wird mit Ausnahme des Kapitels 4.2 (vbl) genehmigt.
- III. Die Abrechnungen der Sonderkredite werden genehmigt.

– Dringliche Interpellation 431, Gianluca Pardini namens der Geschäftsprüfungskommission vom 22. Juni 2020: Generalversammlung der VBL AG über das Geschäftsjahr 2019

GPK-Vizekommissionspräsident Thomas Gfeller gibt eine kurze Erklärung ab: Die Geschäftsprüfungskommission bedauert, dass sie zum Thema Beteiligungsstrategie eine Interpellation einreichen musste, nimmt aber die Antwort des Stadtrates dankend zur Kenntnis. Als GPK-Vizekommissionspräsident erachtet er es nicht als sinnvoll, die Diskussion jetzt im Rat weiterzuführen, ohne dass sich die Fraktionen gegenseitig absprechen konnten. Das Thema wird nach den Sommerferien in der Geschäftsprüfungskommission wieder aufgenommen und in diesem Rahmen vertieft und fundiert diskutiert werden.

Die Dringliche Interpellation 431 ist somit erledigt.

Im späteren Verlauf der Sitzung gab es einen Rückkommensantrag zu dieser Dringlichen Interpellation, siehe unten nach Traktandum 11.

**3 Postulat 330, Marco Baumann und Sandra Felder-Estermann namens der FDP-Fraktion, Agnes Keller-Bucher und Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion sowie Patrick Zibung namens der SVP-Fraktion vom 3. Oktober 2019:
Parkplatzlösung für Stadtluzerner Vereine schaffen**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

Marco Baumann hält an der vollständigen Überweisung fest. Seit Jahren werden Schulanlagen und Schulräumlichkeiten wie Aula oder Turnhalle von Sport- und Musikvereinen genutzt. Sie ermöglichen es, für einen bezahlbaren Preis Trainings und Proben durchzuführen. Vereine sind auf solche Angebote angewiesen, weil es sonst im Raum Luzern nur wenige Möglichkeiten dafür gibt. Die Vermietung von Räumen und auch von Sportplätzen ist wichtig; genau so wichtig sind ihre Erreichbarkeit und die Parkierungsmöglichkeiten. Zurzeit beschäftigt den Stadtteil Littau das Thema sehr. Man begann nämlich, ohne dass die Vereine vorgängig darüber informiert worden sind, die strengen gerichtlichen Verbote durchzusetzen und Parkbussen auszustellen. Das wurde natürlich mit Unverständnis aufgefasst, weil die Plätze schon immer als Parkplätze genutzt werden durften. Viele Littauer traten an den Sprechenden heran und erzählten von den Bussen. So traf es unter anderen eine gehbehinderte Seniorin, die das erste Mal eine Schnupperstunde im Seniorenturnen besucht hatte. Der Sprechende vermisst da ein gewisses Augenmass. Der Stadtrat will jetzt das Park- und Fahrverbot auf Schularealen flächendeckend durchsetzen, damit überall die gleichen Regelungen gelten. Aber macht das wirklich Sinn? Kann man ein Schulhaus Littau Dorf mit einem Schulhaus Säli vergleichen? Haben sie die gleiche Ausgangslage? In den Augen des Sprechenden ist das klar nicht der Fall. Nicht alle Schulhäuser in der Stadt sind gleich gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen. Die Stadt besteht nicht nur aus der Innenstadt, das geht bei vielen in diesem Saal immer wieder vergessen. Je nach Vereinsgrösse gibt es rund um gewisse Schulhäuser nicht genügend Parkplätze, wie z.B. im Matt oder im Schulhaus Littau Dorf. Gerade die aktuelle Situation beim Matt mit der Baustelle Flurstrasse zeigt, dass es keine Alternative gibt. Die paar Parkplätze sind zurzeit mit Baumaterial belegt.

Es braucht individuelle Lösungen, weil es auch unterschiedliche Nutzungen, unterschiedliche Bedürfnisse und unterschiedliche Ausgangslagen der Schulhausplätze gibt. Deshalb sollen auch individuelle Lösungen angeboten werden. Es sind noch nicht alle Schulareale geeignet, als Quartiertreffpunkte und als Begegnungsräume genutzt zu werden. Wer schon einmal die Plätze in Littau angeschaut hat, weiss, von was der Sprechende spricht. Die Plätze müssten zuerst massiv aufgewertet werden. Und solange das nicht passiert, werden sie wenigstens ausserhalb der Schulzeiten als Parkplätze genutzt, anstatt brachzuliegen. Die Nutzung ist sehr wertvoll für so viele Vereine, für Mitglieder, die von ausserhalb herkommen oder Materialien und grosse Instrumente transportieren müssen. Sie ist in Littau vor allem auch für diejenigen wertvoll, die vom Littauerberg

herkommen, aber auch für die Fasnacht in Littau, für grössere Veranstaltungen, für die Erstkommunion usw. Jetzt will man die Tradition durchbrechen, was für viele Vereine und Veranstaltungen in Littau negative Auswirkungen haben wird. Es wird alles erschwert. Auch wenn man jetzt ein Parkplatznutzungskonzept erstellen will, mit dem man den Vereinen mit günstigen Konditionen entgegenkommen will, wird das nicht reichen, um die negativen Auswirkungen abzuwenden. Es müssten dazu mehr Parkplätze rund um Schulhäuser gezeichnet und ein Kontingent an Gratis-parkplätzen angeboten werden. Aus diesen Gründen können sich die Postulantinnen und Postulanten mit dieser Antwort nicht einverstanden erklären. Sie halten an der Forderung fest, dass der Stadtrat eine Lösung für Vereine erarbeiten soll, mit der weiterhin auch auf Schularealen parkiert werden kann, zumindest dort, wo es die Schulanlagen möglich machen. Vereine in der ganzen Stadt sind unsere Grundpfeiler im Bereich Kultur und Sport. Das dürfen wir nicht vergessen. Durch ihre grossartige Arbeit haben sie es verdient, dass wir auf ihre Bedürfnisse eingehen. Es braucht also unbedingt eine einvernehmliche Lösung. Der Sprechende bittet den Grossen Stadtrat, dem Anliegen der Vereine zuzustimmen.

Nora Peduzzi ist nach dem Votum ihres Vorredners fast ein wenig erstaunt, weil es so tönt, als wären die Anfahrten und das Parkieren Hauptinhalt dieser Vereine und als ob die Vereine eingehen würden, wenn sie nicht mehr so wie bisher parkieren könnten. Die SP/JUSO-Fraktion wäre mit der teilweisen Entgegennahme des Postulats einverstanden gewesen, mit der vollständigen nicht. Pausenplätze sollen frei von motorisiertem Verkehr sein (und bleiben) – auch in Littau. Die Stadt soll eine einheitliche und transparente Regelung für bestehende Parkierungsmöglichkeiten für Vereine auf den Schularealen erarbeiten. Die Fraktion erachtet es als zielführend, wenn dies wie geplant in Abstimmung mit dem sich in Arbeit befindenden Konzept zum städtischen Mobilitätsmanagement geschieht. Auch dass geplant war, wie der Stadtrat in seiner Antwort geschrieben hat, frühzeitig und klar zu kommunizieren, was dieses Konzept beinhaltet, hätte die Fraktion sehr begrüsst. Die Sprechende findet es schade, dass diese Möglichkeit nun vom Tisch ist. Und obwohl die Sprechende die Meinung teilt, dass die meisten Vereine sehr wichtig für unsere Gesellschaft sind und sie selbst auch sehr lange solch einen Verein mitgeleitet hat, sind ihr beim Lesen des Postulats doch ein paar Fragezeichen aufgetaucht. Ihres Wissens darf man auch in Littau Velo fahren und auch in diesem Stadtteil ist das ÖV-Netz vorhanden. – Und wie Guggenmusikerinnen und -musiker ihre Instrumente zwar tage- und nächtelang durch die Gassen von Luzern schleppen können, es aber scheinbar nicht schaffen sollen, ihre Trommeln zur Probe ins Schulhaus zu tragen, ist der Sprechenden ein Rätsel. Die SP/JUSO-Fraktion lehnt die vollständige Überweisung ab.

Agnes Keller-Bucher: Mit der Beantwortung des Postulats ist die Fraktion der CVP überhaupt nicht zufrieden. Das wichtigste Anliegen, dass ein vernünftiges Parkplatzangebot für Vereine erhalten bleibt, wird überhaupt nicht aufgenommen. Die Fraktion kann zwar verstehen, dass eine einheitliche Handhabung angestrebt wird, aber nach dem Sprichwort, Ausnahmen bestätigen die Regel, ist die CVP-Fraktion der Meinung, man könnte mit ein wenig gutem Willen auch solche Ausnahmen bewilligen.

Es ist wirklich zu unterscheiden, wer die Hallen oder die Aula benutzt. Vereine mit einer grossen Anzahl Mitglieder, wie z. B. die Musikgesellschaft, die mit grossen Instrumenten – das sind nicht nur Hörner oder Trompeten, das sind schwere Bassinstrumente – aus verschiedenen Gemeinden

anreisen, sollten den Schulhausplatz benützen dürfen. Sie kommen vielleicht vom Entlebuch oder von Geuensee und können diese Instrumente nicht einfach mit dem Bus oder dem Zug anschleppen. Die Reise würde viel zu lang dauern. Es gibt noch andere Beispiele: Ein Mitglied, das schon länger dabei ist und sein ganzes Leben auf Krücken angewiesen ist, schafft es nicht, auch nur wenige Meter Weg zu machen. Es ist für dieses Mitglied sehr wichtig, auf dem Schulhausplatz parkieren zu dürfen wie auch für all diejenigen, die das ganze Schlagzeugmaterial hin- und zurücktransportieren müssen. Zudem ist zu sagen, dass es in der Nähe niemals 30 freie Parkplätze hätte und dass bereits heute Fahrgemeinschaften gebildet werden.

Die Proben finden am Abend zwischen 19.45 Uhr und 21.45 Uhr statt. Zu diesem Zeitpunkt sind keine Kinder mehr auf dem Schulhausplatz anzutreffen. Jugendlichen halten sich, wenn man das Beispiel vom Schulhaus Dorf nimmt, eher unterhalb der Turnhalle auf dem Sportplatz auf. In der Antwort des Stadtrates werden Zustände auf den Schulhausarealen wie unbefugtes Befahren durch Personen, die Verhaltensregeln und Rücksichtnahme nicht kennen sowie das Littering beschrieben. Doch das hat mit der Benutzung des Areals durch die Vereinsmitglieder nicht das Geringste zu tun. Es wird in der Antwort auch die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen angesprochen. Diese ist und war bis jetzt zu jeder Zeit gewährleistet, die Plätze werden wie schon erwähnt immer nur am Abend oder teilweise auch am Mittwochnachmittag genutzt, also immer dann, wenn kein Unterricht stattfindet.

Die Sprechende nennt noch weitere Beispiele, bei denen es aus Sicht der CVP-Fraktion zwingend notwendig wäre, dass die nahen Pausenplätze weiterhin benutzt werden dürfen: Zum Beispiel für Mitglieder des Turn- und Sportvereins, die in den Hallen von Matt, Rönimoos und Dorf turnen. Da gibt es Seniorinnen, die zum Teil gehbehindert sind, aus Aussenquartieren oder vom Littauerberg kommen, wo es keine Anbindung an den öffentlichen Verkehr hat; sie sind zwingend auf Autos und dementsprechend auf diese Parkplätze angewiesen. Sie müssten sonst vom Littauerberg eine Stunde zu Fuss hinuntergehen.

Ein weiteres Beispiel, und aus Sicht der Sprechenden ist es ein grosses Argument, sind in Littau Dorf die Beerdigungen. Dort herrschen noch ländliche Verhältnisse. Es gibt Beerdigungen, die die ganze Kirche füllen und wo die Besucher von sehr weit her anreisen. Die Beerdigungen finden immer am Samstag statt. An diesem Tag ist kein Schulbetrieb. Da braucht es die Parkierungsmöglichkeit auf den Pausenplätzen, weil es schlicht zu wenig andere Parkplätze zur Verfügung hat. Die Parkierung auf dem Schulhausareal ist jedenfalls viel sicherer, als wenn die Trottoire zugeparkt werden. Für solche Beispiele sollten Ausnahmen möglich sein. Die Sprechende kommt zum Schluss und sagt, dass die jetzige Handhabung keine Vereinsförderung ist und auch dem Quartier nicht dient. Vereine sind Teil der Integration, sie sind für alle wichtig. Die CVP-Fraktion steht klar hinter den Vereinen und möchte, dass sie weiterhin unkompliziert die jeweiligen Trainings und Proben besuchen dürfen, ohne mit Schikanen daran gehindert zu werden.

Mirjam Landwehr erklärt, dass es innerhalb der Fraktion eine kurze Verwirrung gegeben hat, weil sich die Fraktion einerseits auf eine teilweise Entgegennahme vorbereitet hatte und andererseits, weil ihr Fraktionssprecher heute nicht anwesend ist. Die Fraktion ging davon aus, dass es ein umstrittenes Geschäft sein könnte und deshalb heute gar nicht zur Abstimmung kommen würde. Trotzdem übernimmt sie nun das Votum: Die Fraktion ist in dieser Sache gespalten. Die G/JG-Fraktion ist ganz klar der Meinung, dass Vereine sehr wichtig sind, dass Vereine wertvoll für das

Zusammenleben in der Stadt sind. In dem Sinn ist die Fraktion auch sehr einverstanden mit dem Votum des Postulanten, der gesagt hat, dass es definitiv eine Lösung braucht, die für die Vereine tragbar ist. Der Stadtrat wollte das Postulat immerhin teilweise entgegennehmen und sagte, er wolle eine Lösung für die Vereine ausarbeiten, mit dem Ansatz, dass es halt für die ganze Stadt die gleiche Regelung gibt. Die G/JG-Fraktion kann das im Grundsatz nachvollziehen, auch wenn es natürlich zwischen den einzelnen Quartieren Unterschiede gibt. Die Aussage, dass grundsätzlich überall in der Stadt für Vereine die gleichen Regelungen gelten sollen, unterstützt die Fraktion. Jetzt kommt der grosse Diskussionspunkt, nämlich das Thema der Regelung auf den Schularealen. Die G/JG-Fraktion teilte heute mit, dass sie den einen Vorstoss (Postulat 376) verschieben möchte auf nach der Sommerpause. Bei diesem Postulat geht es genau um den Punkt, dass die Fraktion eigentlich der Meinung ist, dass mit der Regelungsdichte heruntergefahren werden soll, dass also nicht mehr so viel geregelt ist. Allerdings ist ein Teil der Fraktion der Meinung, dass Schulareale ganz klar öffentliche Räume sein sollen und als solche geschätzt werden. Der öffentliche Raum eben nicht im Sinn von «Man kann sein Stehzeug darauf abstellen» verstanden, sondern im Sinn von: Das Schulareal steht der Bevölkerung als öffentlicher Raum zur Verfügung, um sich dort aufzuhalten, sich zu begegnen und um dort miteinander zu spielen. Soviel zum Thema und zur Aussage: «Am Abend sind dann die Vereine dort». Es ist ganz wichtig, dass am Abend der öffentliche Raum zur Verfügung steht und dann nicht einfach zu einem grossen Parkplatz mutiert. Wie schon gesagt, die Fraktion ist in dieser Sache gespalten, weil man durchaus auch Verständnis für die Vereine hat, für Vereine, die vielleicht mit grossen Instrumenten anreisen und das Bedürfnis haben, irgendwo in der Nähe parkieren zu können. Man kann natürlich auch argumentieren, dass innerhalb eines Musikvereins wahrscheinlich nicht gerade alle dreissig bis fünfzig Leute mit einem grossen Instrument anreisen müssen und es so vielleicht innerhalb des Vereins Solidarität geben könnte. Die Sprechende glaubt, dass es für die eine Person, die mit Krücken kommen muss, in der Nähe des Schulhauses einen Parkplatz haben wird, sofern nicht die anderen Vereinsmitglieder schon darauf parkiert haben. Langer Rede kurzer Sinn: Die G/JG-Fraktion wird sich bei der Abstimmung unterschiedlich verhalten.

Judith Wyrsh: Es wurde bereits viel gesagt. Es ist schade, dass die teilweise Entgegennahme des Postulats nicht mehr möglich ist. Littau ist verkehrstechnisch vielleicht noch nicht ganz befriedigend durch den öffentlichen Verkehr erschlossen. Deshalb hat die GLP-Fraktion ein gewisses Verständnis für dieses Postulat. Aber deswegen gleich den nächststehenden Freiraum für das Parkieren zu kapern, sieht die Fraktion nicht unbedingt als Lösung, eher als einen Hilferuf für eine unbefriedigende Parkierungssituation für die Vereine. Der Stadtrat hätte eine Lösung angeboten, er wollte, mindestens teilweise und dort wo möglich, Parkfelder zur Verfügung stellen. Mit dem wäre die GLP-Fraktion absolut einverstanden gewesen. Es ist aber so, dass der urbane Freiraum ein rares Gut ist und insbesondere Schulhausplätze für Quartiere eine Zentrumsfunktion haben. Diesen Freiraum sieht die Fraktion für Kinder und Jugendliche als elementar an. Diesen gilt es auch nicht zu besetzen, geschweige denn zu befahren oder zu beparken, höchstens von den Kindern und von den Jugendlichen selber zu bespielen. Die GLP-Fraktion wäre mit dem Fazit des Stadtrates einverstanden gewesen und ist es auch jetzt noch, aber nun kann die Fraktion das Postulat nur noch ablehnen.

Patrick Zibung: Diese Vereine besetzen die Parkplätze oder eben Schulhöfe nicht täglich und auch nie den ganzen Tag. Viele Vereine proben wenige Male im Monat und die Daten sind im Normalfall genug früh bekannt, um entsprechend planen zu können. Der Sprechende könnte sich daher auch eine zeitlich begrenzte Öffnung vorstellen, was in Absprache mit den Vereinen passieren müsste und kombiniert mit einer Parkkartenlösung umgesetzt werden könnte, so wie es im Postulat vorgeschlagen wird. Mit der temporären und begrenzten Freigabe von Plätzen kann eine unkomplizierte und rasche Lösung für die Vereine geschaffen werden, ohne dass zusätzliche Parkplätze eingezeichnet werden müssen, die dann unter Umständen 99 % der Zeit ungenutzt blieben oder sogar zusätzliche Nachfrage generieren könnten. Dass eine solche Praxis möglich ist, wurde im Vorstoss aufgezeigt. Der Sprechende möchte explizit erwähnen, dass die Postulantinnen und Postulanten die Schulplätze als wichtige städtische Freiräume sehen, die eine wichtige Funktion haben. Man muss aber auch anerkennen, dass es Parkraum für Vereine braucht. Einerseits, weil Material mitgebracht werden muss, das nicht mit dem öffentlichen Verkehr oder Velo gebracht werden kann. Es geht also nicht wie die Sprecherin der SP/JUSO-Fraktion sagte, nur um die Anreise, sondern eben auch zu grossen Teilen um den Materialtransport. Der Sprechende denkt da speziell an Guggenmusiken oder wie schon gehört, an Musikgesellschaften. Andererseits kommen nicht zwingend alle Vereinsmitglieder aus der Stadt, sondern auch aus Gebieten, die am Abend keinen guten ÖV-Anschluss haben. Der Vorredner aus der FDP-Fraktion erwähnte das bereits. Die Postulantinnen und Postulanten glauben, dass mit einer begrenzten Freigabe für die Vereine diese Räume nicht übermässig mehr belastet werden. Es geht hauptsächlich um die abendliche Nutzung, also dann, wenn die Plätze nicht von den Schulen oder von Schulkindern beansprucht werden. Der Sprechende versteht zudem das Argument des Stadtrates nicht, dass ein allfälliges Parkieren nicht der vorgesehenen Nutzung entsprechen würde. Wenn die Stadt Luzern den Vereinen die Räume zur Verfügung stellt, was klar zu begrüssen ist, dann gehört eben auch dazu, dass man das nötige Material anliefern kann. Die SVP-Fraktion unterstützt daher die vollständige Überweisung.

Marco Baumann dankt dem Parlament. So wie er aus den Voten heraushört, ist das Anliegen von Littau und den Vereinen berechtigt. Er erinnert daran, dass das Postulat extra sehr offen formuliert wurde, damit eine Kompromisslösung gefunden werden kann. Es geht nicht darum, dass man weiterhin alle Plätze mit Autos zustellt, sondern es ist im Postulat ganz klar formuliert, dass der Stadtrat prüfen soll, was für eine Parkplatzlösung auch auf den Schularealen möglich ist und dass das im Konzept auch eingebaut werden kann. Wenn zum Beispiel ein Littauer Schulhaus nicht genug Parkplatzmöglichkeiten rund um das Schulhaus hat, dass man dann vielleicht mit einem Kontingent an Parkkarten das Problem löst und dass dann eine gewisse Anzahl Fahrzeuge auch auf dem Schulhausplatz ausserhalb der Schulzeiten parkiert werden können. Der Sprechende betont, dass die Formulierung im Postulat sehr offen gestaltet ist. Es ist ein Prüfauftrag. Es soll weiterhin möglich sein, dort, wo es nötig ist, auf dem Schulareal zu parkieren.

Nora Peduzzi macht auch einen kurzen Nachtrag. Bei gewissen zustimmenden Voten hat es so getönt, als ob sich nachher nie mehr jemand auch nur im Umkreis von zwei Kilometern einem Schulhausareal mit dem Auto nähern kann. So ist es aber nicht. Es geht wirklich um Parkplätze auf dem Pausenplatz. Der Stadtrat hat in seiner teilweisen Entgegennahme geschrieben, dass ein einheitliches Parkierungskonzept für Vereine auf dem Schulhausareal ausgearbeitet wird. Es ist nicht so,

dass jemand mit einer Gehbehinderung nachher keinen Zugang mehr zu den Vereinsaktivitäten hätte. Deshalb macht die Sprechende beliebt, die vollständige Überweisung abzulehnen.

Stefan Sägesser spricht im Namen von Littau. Littau ist keine eigenständige Gemeinde mehr. Der Vergleich mit anderen Gemeinden ist in dem Sinn nicht mehr zulässig. Das war Punkt 1 und musste der Sprechende einfach festhalten. Punkt 2: Die Diskussion ist immer noch so, als wäre Littau irgendwo im Napfgebiet hinten, – ist es aber nicht. Littau liegt vielleicht etwas peripherer als das Stadtzentrum, aber das Stadtzentrum ist doch beschränkt. Der grösste Teil dieser Stadt liegt peripher, wenn man es so anschauen will, aus Sicht der Kernstadt. Insofern gibt es zirka 200 Vereine ausserhalb des Stadtteils Littau, die sich mit dieser Situation arrangieren müssen. Beim Fussballverein FC Luzern zum Beispiel kommen zirka 90 % der Kinder von ausserhalb von Luzern. Natürlich hat es auf der Allmend etwas mehr Parkplätze, aber alle Vereine in der Stadt Luzern haben Zuzüger von irgendwoher, die hierherkommen. Diejenigen, die um jeden Preis mit dem Auto kommen müssen, können kommen und sie finden, wie es Nora Peduzzi vorhin gesagt hat, eine Lösung. Der Sprechende sieht nicht ein, weshalb man das Postulat vollständig überweisen soll, was leider neben der Ablehnung nur noch die Option ist. Er bittet alle, Vernunft walten zu lassen: Man muss so weit wie möglich alle etwa gleichbehandeln. Es gibt den Sonderfall Littau/Reussbühl so nicht. Das sagt übrigens dann bald einmal ein «Reussbühler».

Jules Gut: Viele Grossstadträtinnen und -räte sind nicht da und vermutlich wird es zu einer Zustimmung kommen. Wenn man das Postulat liest, steht da: «Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, für die ganze Stadt Luzern eine entsprechende Parkplatzlösung auf den Schularealen auszuarbeiten». Der Sprechende hat hier ein Déjà-vu. Er wohnt in einem Quartier, wo das Schulhausareal das einzige Areal ist, das einigermaßen gerade und frei von Autos ist. Die Quartierbewohnenden haben viele Jahre dafür gekämpft, dass man die Parkierung vom Schulhausareal wegbringt. Auf vielen anderen Schulhausplätzen wird es genauso sein. Er warnt vor der Diskussion, die man hiermit auslöst. Mit der Überprüfung zur Öffnung des Schulhausareals in der ganzen Stadt Luzern öffnet man aus Sicht des Sprechenden etwas die Büchse der Pandora. Er glaubt nicht im Traum, dass es je irgendeinmal soweit kommen wird, dass Schulhausareale wieder mit Autos zugestellt werden können.

Marco Baumann wollte sich eigentlich nicht mehr melden. Aber da die GLP-Fraktion eine Büchse der Pandora geöffnet hat, nämlich die Littau-Diskussion, muss er trotzdem noch etwas sagen. Im Postulat geht es nicht nur um Littau; Littau hat die Diskussion ausgelöst. Aber es geht darum, dass der Stadtrat sowieso ein Konzept für die Vereine erstellen will. Wenn Schulhausareale es möglich machen – vor allem in Littau, aber auch in anderen Quartieren, wenn sie nicht dagegen sind – soll eine Möglichkeit eingebaut werden, dort eine Lösung für die Vereine zu finden. Es soll offen formuliert sein, dass der Stadtrat auch in eigener Kompetenz Regelungen schaffen kann. Es soll aber nicht tabuisiert werden; mit dieser Haltung der GLP-Fraktion hat der Sprechende etwas Mühe. Da versteht der Sprechende die Haltung der G/JG-Fraktion noch eher. Die GLP-Fraktion macht eine Blockadepolitik: Sie will ja keine freien Flächen mehr für Autos auf Schulhausplätzen. Aber irgendwo braucht es das trotzdem. Wenn die Parlamentarierinnen und Parlamentarier einmal nach Littau gehen würden und in einem Littauer Verein Mitglied wären, würden sie es sehen. Es ist nicht

so, dass Littau nicht Stadt Luzern wäre. Aber die Ausgangslage ist ganz anders. Der öffentliche Verkehr ist wirklich nicht so verdichtet wie in der Innenstadt. Es gibt auch viele Leute, die vom Entlebuch oder von Malters herkommen. Dort sind die Verbindungen mit dem öffentlichen Verkehr auch eher schwierig. Deshalb appelliert der Sprechende ans Parlament und bittet die Mitglieder, das Postulat nochmals genau durchzulesen; es ist sehr offen formuliert. Es will ein Konzept, das der Stadtrat auch entwickeln will und man würde damit die Möglichkeit geben, dass auf die Anforderungen und die Bedürfnisse der einzelnen Quartiere eingegangen werden kann.

Agnes Keller-Bucher fügt zur Aussage, dass auf andere Parkplätze ausgewichen werden kann, an, dass andere Parkplätze dort bei den Schulhäusern schlichtweg nicht vorhanden sind. Die Sprechende wüsste nicht, wo die Vereinsmitglieder dann ihre Autos hinstellen und von dort ihre Instrumente ins Vereinslokal schleppen müssten. Auch muss bedacht sein, dass Seniorenturnerinnen nicht mehr so gut zu Fuss unterwegs sind. Die Sprechende erhielt Telefonanrufe von sehr besorgten Bürgerinnen und Bürgern.

Judith Wyrsh scheint es eine Grundsatzdiskussion zu sein, ob man den Schulhausplatz zum Parkplatz machen will oder nicht. Die GLP-Fraktion sagt dazu ganz klar Nein. Es ist ein Bedürfnis von den Vereinen da, das ist erkannt. Aber die Lösung muss an einem anderen Ort gesucht werden. Für das ist der Schulhausplatz nicht gemacht.

Baudirektorin Manuela Jost: Der Stadtrat unterstützt und fördert das Vereinsleben; er sucht mit den Vereinen zusammen Lösungen. Das soll hier festgehalten werden; es ist dem Stadtrat nicht egal. Die Sprechende hat mit Leuten in Littau gesprochen, es geht vor allem um das Schulhaus Littau Dorf. Von dort erhielt sie auch Rückmeldungen. Der Stadtrat hätte das Postulat teilweise entgegengenommen, denn er wollte einen Unterschied machen zwischen dem Schulhausplatz, dem engeren Platz, der häufig auch spät am Abend noch von Kindern und Jugendlichen und Eltern gebraucht wird und man nicht nur positive Erfahrungen gemacht hat und grösseren Schulhausarealen, die vielfach rundum Parkplätze haben und man schauen muss, ob mehr Parkplätze möglich wären. Der Stadtrat teilt die Meinung der meisten. Man muss zusammensitzen, auch mit den Vereinen, und eine Lösung ausarbeiten. Diese soll für das ganze Stadtgebiet gelten. Der Stadtrat befürwortet eine einheitliche Handhabung auf den Schularealen in der ganzen Stadt. Ob Würzenbach-, Moosmatt- oder Säli-/Dulaschulhaus: Die Fragen kommen immer wieder, inwiefern Vereine die Schulhausplätze als Parkplätze benutzen dürfen. Deshalb muss man wirklich gemeinsam eine Lösung erarbeiten. Der Stadtrat ist klar der Meinung (deshalb die teilweise Entgegennahme des Postulats), dass der engere Teil des Pausenplatzes der Bevölkerung, den Schülerinnen und Schülern und den Jugendlichen vorbehalten sein soll. Es gab bereits gefährliche Situationen. Es ist auch etwas aus der Erfahrung heraus, dass der Stadtrat es so will. Aber für das Areal rundum will man sehr wohl zusammen eine Lösung finden. Über Ausnahmen kann man sprechen. Es wurden verschiedene Ideen genannt, welche im Gespräch mit den Vereinen ausgelotet werden können. Man wird schauen, welche Ausnahmen in welchen Situationen überhaupt möglich wären. Sie müssten klar proklamiert werden können. Aber der Stadtrat lehnt eine generelle Regelung für Parkplätze auf Pausenplätzen ab. Es wurde im Stadtrat weder die vollständige Überweisung noch die Ablehnung

des Postulats diskutiert. Deshalb kann die Sprechende die Haltung des Stadtrates dazu nicht darlegen. Der Stadtrat wäre froh um die teilweise Überweisung gewesen.

Der Grosse Stadtrat lehnt das Postulat 330 mit 19 : 20 : 0 Stimmen ab.

**4 Postulat 376, Mirjam Landwehr und Heidi Rast namens der G/JG-Fraktion vom 20. Januar 2020:
Schulareale als wichtigen Teil des öffentlichen Raums anerkennen**

Christian Hochstrasser beantragt, Postulat 376 auf eine spätere Sitzung zu verschieben, da bereits einige Parlamentarierinnen und Parlamentarier ferienabwesend sind.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Das Postulat 376 wird somit verschoben.

**5 Interpellation 333, Fabian Reinhard namens der FDP-Fraktion vom 16. Oktober 2019:
Kulturelle Nutzung Dreilindenpark**

Fabian Reinhard dankt dem Stadtrat für seine Antwort auf die guten Fragen – die Antworten sind auch nicht schlecht. Damit weiss die Öffentlichkeit jetzt ein bisschen mehr über die geplante Nutzung des Gebäudes und des Parks auf Dreilinden. Die FDP-Fraktion sieht die grossen Chancen des geplanten Skulpturenparks und die mögliche kulturelle Ausstrahlung, die so ein Park haben kann. Der Sprechende würde sich nie anmassen, für das ganze Parlament zu sprechen, aber er tut es trotzdem schnell: Der Dreilindenpark muss öffentlich bleiben, ohne Wenn und Aber. Er ist sich sicher, dass sich in diesem Punkt im Parlament alle einig sind und da ist sich auch die ganze Stadt einig. Auch der Stadtrat sagt das in seiner Antwort auf die Interpellation. Und in den Ausschreibungsunterlagen für die neue Nutzung ist das Wort «öffentlich» 28 Mal festgehalten, wie der Sprechende gezählt hat. Man wird den Stadtrat beim Wort nehmen.

Die Interpellation 333 ist somit erledigt.

6 Interpellation 351, Marc Lustenberger namens der FDP-Fraktion vom 4. November 2019: Entwicklung von Arbeitsflächen

Marc Lustenberger beantragt Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Marc Lustenberger bedankt sich für die ausführliche und fundierte Antwort des Stadtrates. Das grundsätzliche Anliegen seiner Interpellation wurde damit geklärt. Der Stadtrat legt dar, dass er gewillt ist, am Ziel festzuhalten, das Verhältnis von Wohnen und Arbeitsplätzen von 1:1 zu bewahren. Die FDP-Fraktion wird den Stadtrat bei Gelegenheit daran erinnern. Der Sprechende ist der festen Überzeugung, dass es ökonomisch, ökologisch und sozial sinnvoll ist, an diesem 1:1-Ziel aus der Gemeindestrategie festzuhalten.

In der Antwort gibt es aber doch zwei, drei Punkte, zu denen sich der Sprechende äussern möchte: Es ist erfreulich, dass die Zahl der Arbeitsplätze in der Stadt Luzern überproportional zugenommen hat. Er geht aber davon, dass der überwiegende Teil im Dienstleistungsbereich entstanden ist in den letzten Jahren. Auch geplante Projekte wie die Rösslimatt und der Pilatusplatz oder der Wegzug des Kantons an den Seetalplatz schaffen vor allem Büroflächen – also Stellen im Dienstleistungssektor. Das ist an diesen Standorten auch richtig.

Eines geht aber vergessen: Zu einer vielfältigen und gesunden Wirtschaft gehört auch der zweite Sektor – nämlich Industrie und Gewerbe. Doch in diesem Bereich bietet die Stadt Luzern wenig Auswahl. Solche Flächen sind in den vergangenen Jahren sukzessive aus der Stadt verschwunden – etwa in der Tribtschenstadt, wo der Sprechende aus diesem Grund seit ein paar Jahren wohnen darf.

Umso wichtig dünkt es ihn, dass die Stadt im Littauerboden, aber auch in Ibach, vorwärts macht. Diese Standorte wären bestens geeignet für die Umsiedlung und Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben, aber auch für Ateliers und kleinere «Handwerks-Budeli». Der Sprechende sagt bewusst, wäre bestens geeignet. Aus der Antwort des Stadtrates auf die Interpellation wird nämlich klar, dass dies im Moment keine grosse Priorität hat. Zur Erinnerung: Die Stadt hat im Littauerboden Landreserven, die gekauft wurden, um dort wirtschaftliche Entwicklungen zu ermöglichen. In der Antwort werden verschiedene Gründe erwähnt, warum es dort nicht vorwärtsgeht; zuerst müsse der Durchgangsbahnhof gebaut werden. Dann könne vielleicht irgendwann eine S-Bahnstation gebaut werden. Allerdings ist im Moment unklar, ob es dort überhaupt jemals eine S-Bahnstation geben wird. Die S-Bahnstation ist, so liess es sich der Sprechende sagen, in keinem der Pläne wirklich enthalten. Warum also nicht alternative Lösungen suchen? Der Kanton hat in den letzten Jahren die Strasse entlang der Kleinen Emme mit einer Busspur massiv ausgebaut. Warum also wird nicht der Busbetrieb zwischen Emmen und Littau ausgebaut und so das Gebiet mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen, mit dem langfristigen Ziel, dort in der Gebietsentwicklung vorwärtszumachen?

Es heisst in der Antwort weiter, die Abgabe von Land im Baurecht in der reinen Arbeitszone sei für Unternehmen nicht attraktiv. Darum gäbe es wenig Interessenten. Vielleicht müsste man das in

diesem Parlament mal überdenken. Warum gelten in der Arbeitszone im Littauerboden die gleichen strengen Regeln wie beim Wohnungsbau in der Innenstadt?

Weiter heisst es in der Antwort, wegen dem Fahrtenmodell des Kantons und wegen möglichem zusätzlichem Verkehr sind nur beschränkt Ansiedlungen von Unternehmen möglich im Gebiet Littauerboden. Einen zweiten Hornbach braucht es in diesem Gebiet sicher nicht. Aber für Handwerker, Gewerbebetriebe, Industrie gäbe es sicher noch Kontingente bei den Fahrten. Und sonst muss man nach kreativen Lösungen suchen mit Carsharing etc.

Zu einer Stadt der kurzen Wege gehört für den Sprechenden auch, dass vieles lokal und in der Nähe hergestellt, gewartet und repariert werden kann. Und sonst kommt es halt von auswärts. Das kann aber nicht das Ziel sein. Das 1:1-Ziel von Wohn- und Arbeitsplätzen ist im Moment wohl erfüllt. Aber um langfristig eine vielfältige gesunde Wirtschaft in der Stadt zu erhalten, braucht es sicher noch die eine oder andere Anpassung. Der Sprechende würde sich freuen, wenn dieses Anliegen in der nächsten Legislatur auch in diesem Parlament seinen Platz fände.

Mirjam Landwehr dankt dem Interpellanten und auch dem Stadtrat für die Antwort zum Thema Arbeitsplätze in der Stadt Luzern. Als erstes möchte die Sprechende feststellen, dass es sehr erfreulich ist, dass die Arbeitsplätze in den letzten Jahren aufgeholt haben, dass man heute von einem 1:1-Verhältnis sprechen kann zwischen Arbeitsplätzen und Einwohnern in der Stadt. Das ist ganz wichtig für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Der Stadtrat führt aus, dass die Entwicklung von Arbeitsplätzen schwierig zu planen ist und dass diese von vielen Faktoren beeinflusst wird. Anders als beim Wohnen kann man nicht einfach einen durchschnittlichen Flächenverbrauch nehmen. Es gibt ganz viele verschiedene Faktoren, die eine quantitative Potenzialabschätzung eigentlich nicht zulassen. Je nach Branche ist die beanspruchte Fläche komplett unterschiedlich. Die Bau- und Zonenordnung (BZO) lässt einen relativ grossen Spielraum in allen Mischzonen; es gibt nur Mindestanteile und so kann man nicht wirklich einen Schluss daraus ziehen, was das für die künftige Entwicklung bedeutet. Die G/JG-Fraktion unterstützt die Bestrebungen des Stadtrates, die er in der Antwort darlegt. Sie findet es gut, dass er die eigenen Grundstücke sorgfältig und mit Augenmass entwickelt und vor allem auch die Standort- und Erschliessungsgunst in seine Entwicklungspläne miteinbezieht. In diesem Punkt ist die Sprechende nicht ganz einverstanden mit ihrem Vorredner. Sie glaubt, dass es ganz wichtig ist, auch wenn ein Grundstück etwas ausserhalb liegt, darauf zu schauen, dass Fahrtenkontingente eingehalten werden können. Sonst erreicht die Stadt ihre Ziele im Klimaschutz nicht. Die G/JG-Fraktion dankt dem Stadtrat für das. Ein weiteres wichtiges Thema, das auch der Vorredner erwähnte, ist die Diversität der Arbeitsplätze. Es entstehen ganz viele Dienstleistungsflächen in der Innenstadt, das ist nicht nur in Luzern, sondern in der ganzen Schweiz beobachtbar. Industrie und Gewerbe, Ateliernutzungen und Produktion haben immer weniger Platz. Ein ganz wichtiges Thema ist dort der Preisdruck; die Grundflächen werden immer teurer. Man hat eine Siedlungsentwicklung nach innen. Es rentiert nicht, günstige Flächen anzubieten, wo sich dann vielleicht ein kleineres Unternehmen, das mehr Platz braucht, ansiedeln kann. Deshalb finden sie immer weniger Platz in der Kernstadt. Die G/JG-Fraktion glaubt, dass es an der Zeit ist, diese Diskussion zu öffnen. Das Parlament hat viel über die Gemeinnützigkeit beim Wohnen diskutiert. Es ist vielleicht gerade jetzt in dem Zusammenhang (der Steilpass kommt von der FDP-Fraktion) an der Zeit, über die Gemeinnützigkeit oder die Kostenmiete von Räumen zu diskutieren, die nicht fürs Wohnen sind, sondern fürs Arbeiten.

Peter Gmür: Die Fragen der FDP-Fraktion sind sehr berechtigt. Die CVP-Fraktion macht sich auch Sorgen um die Arbeitsplätze in der Stadt Luzern. Es ist nett, wenn man ein Ziel hat, nämlich die Ausgeglichenheit zwischen Arbeitsplätzen und Einwohnern (1:1) einzuhalten. Doch die Fraktion hat irgendwie das Gefühl, dass der Wille, das Ziel zu erreichen, nicht so gross vorhanden ist. Der Fokus lag in den letzten Jahren, auch im Parlament, eher beim Wohnen. Arbeitsplätze scheinen nicht oberste Priorität zu haben. Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass eine vielfältige Stadt eigentlich sehr gut ist, d. h., dass man auch die Arbeitsplätze priorisiert und sozusagen eine Stadt für alle macht und nicht nur für ein paar wenige, die hier leben wollen. Im Littauerboden, es wurde erwähnt, wartet man auf eine S-Bahnstation Ruopigen, welche nach dem Bau des Durchgangsbahnhofs Luzern erstellt werden soll. Der Durchgangsbahnhof ist etwa in den 2040/2050er Jahren fertig. Das bedeutet, dass das Land seit 2013 unverbaut bleiben wird, dass dort sozusagen während dreissig Jahren nichts geht. Das ist nicht befriedigend. Es wurde auch gesagt, man solle dort eine proaktive Politik betreiben, mit einem Handwerkerzentrum – warum nicht –, eventuell auch das Fahrtenmodell überdenken und kreative Lösungen suchen. Es wurde auch das Beispiel des ewl-Areals erwähnt. Interessant ist, dass das bereits relativiert wurde. Es wissen in diesem Saal alle, dass in dieses ewl-Areal grundsätzlich fast nur stadtnahe Betriebe kommen und fast keine privaten Betriebe. Das als Beispiel aufzuführen, findet die CVP-Fraktion etwas übertrieben. Dankbar ist die Fraktion, dass es auf dem Rösslimatt-Areal vorwärtsgehen soll. Ob es geschieht, dass 70 % der Fläche an Schulen gehen, ist eine andere Geschichte; die Stadt Luzern hat darauf bekanntlich keinen Einfluss. Nach dem Auszug der Kantonsverwaltung von der Kernstadt an den Stadtrand, zum Seetalplatz, werden unsinnig viele Räumlichkeiten frei, darunter auch Wohnungen, aber sicher auch Büroflächen. Der Sprechende hofft, dass die Stadt – es wird relativ zeitnah passieren, in fünf bis acht Jahren – auf die freien Flächen vorbereitet ist und nicht irgendwie sagt, dass sie aus Kapazitätsgründen nichts mehr planen kann. Die CVP-Fraktion wäre dankbar, wenn sich der Stadtrat mit gleich fantasievollen Ideen, wie er (z. B. mit Enteignungen oder sonstige Sachen) den Wohnungsbau, vor allem den Genossenschaftswohnungsbau fördern will, sich auch für die Schaffung von Arbeitsplätzen einsetzen würde oder zumindest Voraussetzungen schafft, dass man Arbeitsplätze schaffen kann. Der Sprechende sagt es gerne nochmals: «Wir leben hier grundsätzlich in einem Paradies und jemand darf das ja auch finanzieren».

Mario Stübi geht auf den letzten Kommentar seines Vorredners ein. Wenn die CVP-Fraktion die ganze Zeit von Enteignungen spricht, müsste man ihr wirklich einmal Anlass geben, das entsprechend traktandieren zu können. Man kann sich in der nächsten Legislatur mal überlegen, etwas einzureichen. Der Sprechende dankt für den Steilpass. Zur FDP-Fraktion gewandt, dankt er für die spannenden Fragen und auch dem Stadtrat dankt er für die ausgewogenen Antworten. Es ist tatsächlich ein Thema, nicht zuletzt, weil einerseits die Kantonsverwaltung die Stadt einmal verlassen wird und es andererseits jetzt schon viele leere Dienstleistungsflächen gibt. Das sieht man auch im Metropolitanraum Zürich: Dort gibt es x Büroflächen, ganze Häuser stehen leer. Man überlegt sich dort bereits, Büroflächen in Wohnraum umzunutzen, um den Druck abfedern zu können. Der massive Anstieg von Homeoffice-Lösungen aufgrund der Coronakrise wird sicher nicht dazu führen, dass wir plötzlich zu wenig Dienstleistungsflächen hätten. Bei beispielsweise lautem Gewerbe aber, wo Ebenendigkeit und ein schwerer grosser Lift benötigt wird etc., steht es schon nicht so gut um geeignete Flächen auf Stadtgebiet. Die SP/JUSO-Fraktion sieht eine Verdrängung nicht zuletzt

aus Kostengründen, weil andere Sachen im Vergleich zum lauten Gewerbe (den «Budelis») lukrativer sind. Am Geissensteinring wird aktuell ein neues Gebäude gebaut. Im alten Gebäude waren mehrere kleinere Betriebe einquartiert und ein Nachtclub. Das wird ersatzlos weggehen. Die Fraktion freut sich auf die Arealentwicklung an der Industriestrasse, wo genau solche Sachen mitgedacht werden; kleine Betriebe sollen dort auch Platz haben. Mitunter ist es aber auch eine Kostenfrage. Die SP/JUSO-Fraktion sieht das Argument «Durchmischung» nicht nur bei den Bevölkerungsschichten, sondern sieht auch das Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten durchaus als erstrebenswert. Da ist die Fraktion vielleicht etwas anderer Meinung als der Interpellant. Dass man eine Art Hub von lautem Gewerbe irgendwo im Littauerboden oder so errichtet, sieht die Fraktion nicht gerade. Es ist klar, dort gibt es noch Landreserven und man soll das eine tun und das andere nicht lassen. Die Fraktion ist klar der Meinung, dass es im Innenstadtbereich weiterhin Orte mit kleinen Handwerksbetrieben geben soll. Die SP/JUSO-Fraktion hat diesbezüglich Ideen und will sich in der nächsten Legislatur etwas mehr um dieses Thema kümmern. Sie fände es schön, wenn dazu fraktionsübergreifende gute Lösungen gefunden würden. Von da her ist die Fraktion sehr offen, sich in die Richtung darüber Gedanken zu machen, dass es eben für alles Gewerbe in dieser Stadt Platz hat und zwar so, dass es sich alle leisten können.

Jules Gut verzichtet auf eine Replik zum Votum des CVP-Sprechers und findet, dass es etwas deplatziert war und nicht gerade konstruktiv. Die Aussagen der FDP-Fraktion und auch diejenigen von Mario Stübi hingegen findet der Sprechende sehr spannend. Der GLP-Fraktion geht es etwas ähnlich. Sie denkt auch, dass es sehr spannend wäre, wenn im Parlament oder auch in einer Kommission solche Gedanken weitergesponnen werden könnten. Etwas verunsichert war der Sprechende, als Marc Lustenberger sagte, dass von der Erschliessung her nichts laufe und nichts passiere. Das Gehörte ging in Richtung eines Bashings. Wenn man in den kantonalen Richtplan oder auch in die weitere Ausbauplanung des Verkehrsverbunds Luzern (VVL) schaut, ist alles gemacht, was man machen kann. Die Bauprogramme sind ein kantonales Thema. Im Kanton haben andere Mehrheiten etwas dazu zu sagen. Der Sprechende meint, dass die FDP-Fraktion auf ihre eigenen Leute zugehen müsste, wenn sie infrastrukturell etwas verbessern möchte. Aber grundsätzlich findet es der Sprechende eine sehr spannende Frage und die GLP-Fraktion wäre sehr gerne bereit, in den nächsten vier Jahren dazu etwas mitzubewegen.

Baudirektorin Manuela Jost: Der Stadtrat hält am 1:1-Ziel bezüglich Bevölkerungszuwachs, Arbeitsplatzzuwachs fest. Es ist ein gutes Verhältnis und so im Raumentwicklungskonzept für die nächsten 15 Jahre definiert. Gerade im Zusammenhang mit der Teilrevision der Bau- und Zonenordnung hat man über die Nutzungsplanung ermöglicht, dass mehr Arbeitsplätze entstehen können (Diskussion LUKB, CSS). Im Rahmen der Zusammenführung der zwei Bau- und Zonenordnungen wird man, auch gerne mit dem Parlament, die Frage diskutieren können, ob man beispielsweise spezielle Gewerbeanteile machen soll, damit der erwähnte zweite Sektor, seien es Reparaturwerkstätte oder was auch immer, wieder etwas mehr in der Stadt ist. Der Dienstleistungssektor ist sehr wichtig, aber der zweite Sektor mit dem Gewerbe ist der Stadt auch wichtig. Es braucht gemischte Zonen. Der Stadtrat möchte solche Angebote in der Stadt, wobei aber nicht alles im Zentrum sein muss. Die Sprechende ist mit ihrem Team gerne bereit und offen, sich in einer Baukommission auszutauschen, wie die Zusammensetzung der Arbeitsplätze aussehen soll, was gut wäre, wo man

was machen könnte, welche Ideen schon vorhanden und welche Massnahmen noch möglich sind. Die Ideen können in der nächsten Legislatur zusammen diskutiert werden. Vielleicht noch zum Littauerboden und dessen Erschliessung: Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula weiss darüber besser Bescheid, aber man hat dort für die Erschliessung das gemacht, was man kann. Es besteht ein Manko, der Stadtrat ist sich dessen bewusst. Er hofft sehr, dass der Durchgangsbahnhof ermöglicht, dort eine S-Bahn-Haltestelle Ruopigen einzurichten. Aus Gesprächen mit verschiedenen Interessentinnen und Interessenten, die dort vielleicht einmal eine Firma haben möchten, hört der Stadtrat, dass die Erschliessungssituation im Moment ungenügend ist. Es wird auf verschiedenen Ebenen daran gearbeitet, eine Verbesserung herbeizubringen.

Die Interpellation 351 ist somit beantwortet.

**7 Postulat 354, Adrian Achermann namens der SVP-Fraktion vom 20. November 2019:
Gegen Missbrauch von Denkmälern**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen und beantragt die gleichzeitige Abschreibung.

Nora Peduzzi von der SP/JUSO-Fraktion stellt einen **Ablehnungsantrag**. Das Postulat fordert mehr Repression, härtere Strafen, mehr Überwachung – all das lehnt die Fraktion entschieden ab. Sie glaubt auch nicht, dass Denkmäler beispielsweise vor Stoffbannern geschützt werden müssen und schon gar nicht, dass es mehr Bewachung von Denkmälern braucht. Durch die im Postulat beschriebene Aktion beim Löwendenkmal ist keinerlei Schaden entstanden. Zudem begrüsst es die Fraktion, wenn Denkmäler aktiv genutzt werden, um eine öffentliche Debatte anzuregen. Entgegen dem Vorwurf, dass sie missbraucht werden für politische Aktionen, ist die Fraktion der Meinung, dass Denkmäler per se nie «nicht politisch» sind. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst zwar die Antwort des Stadtrates, auch wenn eine Annahme des Postulats keine wirklichen Änderungen gegenüber dem Status quo bedeuten würde. Die Fraktion lehnt das Postulat, wie gesagt, trotzdem ab.

Adrian Achermann: Am 10. November 2019 hat die Gruppe RESolut ein Transparent oberhalb des Löwendenkmals enthüllt. Wie die Vorrednerin sagte, entstand dabei kein Schaden. Das ist soweit richtig. Nur ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass ein solches Denkmal nicht für politische Zwecke missbraucht werden soll. Man kann nicht sagen, dass bei einer solchen Aktion keine Schäden entstehen können; bei einem Transparent vielleicht nicht, aber vielleicht verwendet man das nächste Mal etwas anderes. In der heutigen Zeit ist es für Demonstranten wichtig, Aufmerksamkeit zu erhalten. Deshalb werden immer mehr Sehenswürdigkeiten oder Denkmäler genutzt, um Botschaften zu verbreiten. Dass Denkmäler auch Schaden davon nehmen können, wird in Kauf genommen. Denkmäler sind Publikumsmagnete. Klar haben alle das Recht, zu demonstrieren. Aber man kann auch vorher bei der Stadt eingeben, was man machen will und mit der Erlaubnis der Stadt so eine Aktion durchführen – die Stadt würde das Transparent dann aufhängen und auch wieder entfernen. Dann ist die Sache in Ordnung. Man muss Denkmäler nicht politisch nutzen.

Irina Studhalter: Es gibt in der Stadt Luzern Regeln, wie mit öffentlichen Orten, wie mit Denkmälern umgegangen werden darf. Dank dem Postulat sind allen diese Regeln wieder in Erinnerung gerufen worden. Ob dieses Postulat angenommen oder abgelehnt wird, macht bei diesem Postulat keinen grossen Unterschied; die G/JG-Fraktion befürwortet vor allem dessen Abschreibung. Die Sprechende möchte aber trotzdem zwei Sachen erwähnen: Zum einen baut unsere Demokratie auf politischer Partizipation auf und auf das sind alle stolz. Aber politische Partizipation bedeutet eben nicht nur zu wählen, abzustimmen, eine bewilligte Demonstration durchzuführen oder ein bewilligtes Transparent aufzuhängen, sondern zur politischen Mitsprache gehören noch ganz viele andere Formen. Das müssen alle akzeptieren, das gehört zu einer lebendigen politischen Kultur. Zum zweiten muss man auch einen kritischen Umgang mit der eigenen Geschichte fördern. Diese zeigt sich unter anderem auch in den Denkmälern. Wie Nora Peduzzi erwähnt hat, ist das in der aktuellen Debatte rund um den Rassismus und die Folgen der Kolonialisierung wieder mehr in den Fokus gerückt. Aber es gilt auch dann noch, wenn in ein paar Wochen die Medien wieder vergessen haben, dass auch die Schweizer Geschichte viel Leid gebracht hat. Die Sprechende bittet deshalb alle um einen kritischen Umgang, auf der einen Seite mit politischer Partizipation und auf der anderen Seite mit Denkmälern.

Marc Lustenberger: Die FDP-Fraktion ist auch der Meinung, dass Denkmäler und Sehenswürdigkeiten nicht für politische Werbung gebraucht werden sollten. Dafür stehen genügend andere Möglichkeiten zur Verfügung. Die Fraktion möchte zudem darauf hinweisen, dass nicht nur Denkmäler und Sehenswürdigkeiten in den Katalog der vor Missbrauch zu schützenden Bauten gehören, sondern auch Schulhäuser und alle öffentlichen Gebäude. Unter dieser Voraussetzung ist die FDP-Fraktion mit der Antwort des Stadtrates einverstanden. Eine zusätzliche Überwachung mit Kameras sieht die Fraktion auch kritisch. Die FDP-Fraktion unterstützt das Postulat und die sofortige Abschreibung.

Andreas Felder ist etwas erstaunt über den Ablehnungsantrag der SP/JUSO-Fraktion. Wie seine Vorrednerin sagte, spielt es im Resultat nicht wirklich eine Rolle. Die CVP-Fraktion folgt dem Stadtrat. Indem man das Postulat annimmt, zeigt man, dass Denkmäler schützenswerte Bauten sind und vor Missbrauch geschützt werden sollen. Es kommt nicht darauf an, was für eine Botschaft auf dem Transparent steht, ob die Botschaft von links, rechts oder der Mitte kommt: Das Transparent gehört einfach nicht über ein Denkmal. Die CVP-Fraktion ist einverstanden, dass wenn bei solch einer Aktion kein Schaden entsteht und das Transparent gleich wieder entfernt wird, es keine zusätzliche Strafverfolgung braucht. Die Fraktion würde das unverhältnismässig finden. Auch zusätzliche Überwachungen sieht die Fraktion nicht unbedingt. Die CVP-Fraktion folgt auch dem zweiten Teil, den der Stadtrat vorschlägt, nämlich der Abschreibung des Postulats.

Baudirektorin Manuela Jost: Der Stadtrat duldet in keiner Art und Weise, dass Denkmäler missbraucht werden. Auch wenn diese von der Geschichte her immer irgendeine kritische Aussage haben, dürfen sie nicht für aktuelle politische Forderungen missbraucht werden. Das Postulat fordert in einem Punkt die sofortige Entfernung von Transparenten auf Denkmälern. Die Stadt handelt bereits so. Sobald sie Kenntnis davon hat, wird das Transparent so schnell als möglich entfernt. Es

wird auch Anzeige erhoben. Der Stadtrat erachtet eine Überwachung mit Videokameras als nicht nötig. Deshalb empfiehlt der Stadtrat die Annahme des Postulats bei gleichzeitiger Abschreibung.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 354 und schreibt es gleichzeitig ab.

8 Interpellation 344, Adrian Albisser und Cyrill Studer Korevaar namens der SP/JUSO-Fraktion vom 29. Oktober 2019: Schulwegsicherheit um das Schulhaus Moosmatt

Daniel Furrer: Die Interpellanten danken dem Stadtrat für die Antwort auf die Fragen, die im Rahmen einer Bevölkerungsumfrage der SP aufgekommen sind. Der Stadtrat schätzt die Schulwegsicherheit im Gebiet Moosmatt/Geissenstein dank Verbesserungen als gut ein; das ist nachvollziehbar. Die Interpellanten gehen aber gleichzeitig davon aus, dass sich mit der Entwicklung des ewl-Areals und der Industriestrasse der Fokus erneut auf die Schulwegsicherheit richten wird und hoffen, dass der Stadtrat am Thema dranbleibt.

Die Interpellation 344 ist somit erledigt.

9 Interpellation 366, Yannick Gauch und Martin Wyss namens der SP/JUSO-Fraktion vom 20. Dezember 2019: Über in der Stadt Luzern

Ratspräsident Albert Schwarzenbach schlägt vor, die beiden thematisch zusammenhängenden Traktanden 9 und 10 gemeinsam zu behandeln.

Yannick Gauch und Fabian Reinhard sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden. Beide beantragen Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Yannick Gauch: Die SP/JUSO-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat und den verantwortlichen Personen aus der Verwaltung für die Beantwortung der Fragen. Der Sprechende vermutet, dass die meisten hier im Saal an der Ratssitzung vom vergangenen Dezember überrascht auf ihr Smartphone geschaut haben, als kurz vor Mittag eine Push-Nachricht der Luzerner Zeitung mit dem Titel: «Taxifahrer erhalten Konkurrenz: Uber startet in Luzern», erschienen ist. Das Parlament war über nichts informiert gewesen und offenbar wusste auch der Stadtrat nichts davon. Gemäss Rückmeldung des Regierungsrats des Kantons Luzern auf eine Anfrage von

Marcel Budmiger und Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner des Kantonsrats, war auch dieser nicht durch die Firma Uber vorgängig über ihre Lancierung im Raum Luzern informiert worden. Immerhin hat sich der «Lead Public Policy» einen Tag später, am 20. Dezember 2019, dazu bequemt, der Stadt eine Information zukommen zu lassen, in welcher er darüber informierte, dass ab sofort in Luzern Uber-Dienstleistungen in Anspruch genommen werden könnten. Der Sprechende weiss nicht, ob es die Arroganz von Silicon Valley ist oder einfach eine Unbeholfenheit im Umgang mit unseren Gepflogenheiten. Aber das Vorgehen von Uber ist mehr als nur anmassend, um nicht sagen zu müssen frech.

Aus Sicht des Sprechenden dürfte es in der Schweiz keinen Ausbau des Uber-Angebots geben, solange die offenen arbeitsrechtlichen Fragen nicht abschliessend vom Bundesgericht beurteilt sind. Dazu, dass Uber ohne vorgängige Information und bei ausstehendem Bundesgerichtsurteil in einer Nacht-und-Nebel-Aktion das Angebot in einer neuen Gemeinde aufgeschaltet hat, meint der Sprechende: Viel schlechter und unsympathischer kann man einen Markteintritt nicht in die Wege leiten.

Selbstverständlich widersetzt sich die SP/JUSO-Fraktion neuen Formen der Sharing Economy grundsätzlich nicht. Die Fraktion begrüsst es, wenn weniger Autos angeschafft – und dafür Sharing-Angebote besser genutzt werden. Dazu gehören neben Konzepten wie «Mobility» auch Anbieterinnen und Anbieter im Bereich des Personentransports. Solche Angebote müssen sich aber zwingend an unsere sozialrechtlichen Auflagen halten, so dass auch die herkömmlichen und korrekt handelnden Unternehmungen konkurrenzfähig bleiben.

Dass es aber keinen Sinn macht, nur in der Stadt Luzern zusätzliche Bestimmungen einzuführen, was kaum praktikabel wäre, leuchtet der SP/JUSO-Fraktion ein. Sie erwartet vom Kanton, dass er möglichst schnell gesetzliche Grundlagen schafft, damit alle Marktteilnehmerinnen und -teilnehmer im Bereich des Personentransports mit gleich langen Ellen gemessen und beurteilt werden. Eine Beschriftung in Form einer Plakette für Uber-Fahrzeuge ist aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion dringend notwendig. Nur so kann die Polizei ihren Auftrag wahrnehmen und die entsprechenden Fahrzeuge auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen kontrollieren. Ein anonymes Auto ist für die Polizei nicht als Taxi oder als Limousinenservice erkennbar. Das macht es praktisch unmöglich, in einer vertretbaren Regelmässigkeit Kontrollen (beispielsweise am Fahrtenschreiber) vorzunehmen. Nicht zuletzt die nur schwierig durchführbare Kontrolle in Bezug auf die Ruhezeiten der Fahrerinnen und Fahrer (z. B. wenn sie nach einem langen Arbeitstag noch eine Nachtschicht «Uber» fahren) könnte ein erhebliches Verkehrssicherheitsrisiko darstellen.

Dass der Stadtrat – bis die gesetzlichen Fragen geklärt sind – den Inhaberinnen und Inhabern von Taxistandplatz-Bewilligungen entgegenkommen will, begrüsst die SP/JUSO-Fraktion. Auch wenn es nur ein minimaler Schritt zu einer echten Gleichberechtigung zwischen den traditionellen Taxiunternehmungen und Uber ist, ist es doch immerhin ein Anfang. In dem Sinn dankt die SP/JUSO-Fraktion noch einmal für die Beantwortung der Fragen. Die Fraktion hofft auf eine schnelle Reaktion des Kantons und wartet gespannt auf die ausstehende Beurteilung des Bundesgerichts.

Fabian Reinhard: Die Interpellationen haben einen sehr ähnlichen Titel. Die FDP-Fraktion schrieb ihre Interpellation, nachdem sie die Interpellation der SP/JUSO-Fraktion gelesen hatte. Sie empfand diese recht einseitig und nur auf die negativen Aspekte dieser neuen Geschäftsmodelle eingehend. Die Erfahrung des Sprechenden mit Uber und anderen Formen der Sharing Economy sind

sehr positiv. Er hat Uber in Luzern auch sofort ausprobiert und eine sehr positive «Customer experience» gehabt. Das ist der Grund, weshalb die FDP-Fraktion eine Interpellation einreichte. Sie dankt dem Stadtrat für seine Antwort, die zu beiden Interpellationen sehr differenziert ausfiel. In der Interpellation der FDP-Fraktion hat der Stadtrat auch die Möglichkeit, darauf hinzuweisen, dass Uber auch positive Aspekte hat, gerade für Kundinnen und Kunden. Das ist in der bisherigen Diskussion und auch in der Interpellation der SP/JUSO-Fraktion so noch nicht vorgekommen. Zu einer attraktiven, modernen, internationalen Destination wie Luzern gehören solche Angebote dazu. Kundinnen und Kunden bringt Uber sicher einen Nutzen, sonst würde es niemand nutzen. Was sind Kundinnen und Kunden? Diese Frage ist nicht so einfach zu beantworten. Man muss über die ganzen Geschäftsmodelle der sogenannten digitalen Plattformökonomie nachdenken. Wenn man von Kundinnen und Kunden spricht, denkt man bei Uber an die Personen, die mitfahren, also quasi an den Gast im Uber-Auto. Man kann aber auch anders argumentieren, und Uber argumentiert ein wenig in diese Richtung, was in den Augen des Sprechenden ein Stück weit nachvollziehbar ist: Uber sagt, die Fahrerinnen und Fahrer sind bei ihnen genauso Kunden. Das ist nicht untypisch für das Geschäftsmodell der sogenannten Plattformökonomie. Diese Modelle sind oft sogenannt zweiseitig, d.h. sie haben Kunden auf zwei Seiten. Sie müssen beide Kunden ansprechen, sonst funktionieren sie nicht. Beispiel: An dem Tag, als Uber nach Luzern kam, haben sie zuerst dafür schauen müssen, dass sie Kundinnen und Kunden auf der Angebotsseite, sprich auf der Fahrerinnen- und Fahrerseite hatten, sonst hätte das Geschäftsmodell überhaupt nicht funktioniert. Sie müssen wirklich schauen – das ist immer so bei diesen zweiseitigen Plattformmodellen –, dass sie auf beiden Seiten Kundinnen und Kunden haben. Wenn es nämlich kein Angebot gibt bezüglich Fahrerinnen und Fahrer, dann nutzt das Angebot auch niemand und dann funktioniert es auch nicht. Dass man sozialversicherungsrechtlich die althergebrachten und bestehenden Regulierungen versucht auf die Plattformökonomie überzustülpen, macht es wahrscheinlich schwierig und würde auch nicht zu guten Regulierungen führen. Der Stadtrat zeigt in seiner Antwort sehr differenziert auf, dass Uber oder auch andere Fahrdienstleister die gleichen Anforderungen erfüllen müssen wie Limousinenservices. Er zeigt auch auf, dass die Leute, die fahren, den gleichen Ausweis haben müssen und dass es in jedem dieser Fahrzeuge einen Fahrtenschreiber haben muss. Der Sprechende hat natürlich, als er als Gast mit Uber in Luzern unterwegs war, überprüft, ob der Fahrtenschreiber eingebaut war. Er war natürlich eingebaut. Der Sprechende ist froh, dass der SP/JUSO-Sprecher sagte, es sei nicht gleich ein nächster Vorstoss vorgesehen, der ein Verbot fordern würde. Es hat demnach etwas gebracht, dass die zwei Vorstösse eingereicht worden sind und man sich Zeit genommen hat, darüber zu diskutieren. Der Stadtrat zeigt es auf, es wäre schwierig in der Plattformökonomie, wenn die Stadt Luzern nur auf dem Stadtgebiet eine eigene Lösung bringen wollte, eine Regulierung oder vielleicht sogar ein Verbot. Es braucht Regulierungen in der Plattformökonomie, das ist klar, diese sollen aber smart sein und nicht einfach ein Verbot.

Mirjam Landwehr dankt den Interpellanten fürs Nachfragen in dem aktuellen und wichtigen Thema und für die Antwort des Stadtrates. Bis heute Mittag ist im Votum der Sprechenden noch gestanden, dass es wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit ist, bis Uber auch mit dem Lieferservice Uber Eats in der Stadt Luzern unterwegs sein wird. Heute Mittag ist die Sprechende dann hinter solch einem Velo über die Seebrücke gefahren und hat gemerkt, dass sie in der Coronazeit etwas verpasst hat, nämlich, dass seit dem 5. Mai 2020, wie die Sprechende jetzt noch kurz recherchiert

hat, diese auch in der Stadt Luzern unterwegs sind. Mit dem Velo im Alltagsverkehr unterwegs, bekommt das Arbeiten zu Hungerlöhnen und ohne Versicherung nochmals eine neue Komponente und wird die Schweiz, den Kanton und auch die Stadt weiterhin beschäftigen. Die G/JG-Fraktion spricht sich grundsätzlich dafür aus, dass die Chancen der Digitalisierung genutzt werden. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch bei der Taxilandschaft in der Stadt Luzern noch Luft nach oben. Auch die Digitalisierung in Kombination mit den Sharing-Modellen unterstützt die Fraktion im Grundsatz, sofern man damit in Richtung einer nachhaltigen und ökologischen Mobilität geht. Die Fraktion würde spannende und zeitgemässe Modelle begrüßen, wie das beispielsweise in Barcelona der Fall ist. Dort kann man die offiziellen Taxis – also nicht Uber – über eine App bestellen oder man kann dank der App zum nächstgelegenen Taxistandpunkt laufen, der der Nutzerin und dem Nutzer in Realzeit angezeigt wird. Man kann bereits im Vorfeld die Strecke eingeben und erfährt so, wie teuer die Fahrt im Taxi sein wird und in den Filtereinstellungen besonders interessant, kann man sogar anwählen, dass die Kundin oder der Kunde nur von Elektrofahrzeugen gefahren werden will. Das ist ein Service! Uber weiss sich die Digitalisierung zu Nutzen zu machen. Das ist im Grundsatz nicht so schlecht und könnte vielleicht auch die Innovation bei den ansässigen Taxiunternehmen fördern. Die Art, wie sich Uber in den Markt gepflanzt hat und den gesetzlichen Graubereich zu seinen Gunsten, also zugunsten der Millionäre im Silicon Valley, ausnützt, lehnt die G/JG-Fraktion kategorisch ab. Dass es in der Schweiz mindestens bis jetzt noch möglich ist, ein Unternehmen ganz offiziell mit diesen unterirdischen Arbeitsbedingungen zu betreiben, stimmt die Sprechende nachdenklich. Der Stadtrat zeigt in seiner Antwort auf, wie andere Städte und Kantone gegen dieses Geschäftsmodell vorzugehen versuchen, das seine Dumpingpreise notabene auch deshalb halten kann, weil die Arbeitenden ohne Sozialleistungen dastehen. Es erscheint der G/JG-Fraktion einleuchtend, dass eine isolierte Lösung für die Stadt Luzern wenig bringt. Die Fraktion bittet den Stadtrat, sich beim Kanton dafür einzusetzen, dass es möglichst bald auf kantonaler Ebene eine Regelung gibt, die derartige Verhältnisse nicht mehr zulässt.

Roger Sonderegger: Die Diskussion erinnert den Sprechenden etwas an die Diskussion um Parking-Apps. Auch dort sprach man über Chancen und Gefahren der Digitalisierung. Ein wenig erinnert ihn die Diskussion auch an die Gratis-Leihvelos, die plötzlich zu hunderten in Schweizerstädten verteilt wurden und manchmal erinnert es ihn auch an die Diskussion mit den selbstfahrenden Fahrzeugen. Es ist jedes Mal eine Technologie, die schneller ist als die Regulation und jedes Mal knirscht es im Gebälk und man überlegt sich, was man machen soll. Soll man es verbieten oder jubeln? Die Aufgabe des Staatswesens, die das Parlament vertritt, ist weder das ausschliessliche Verbot noch das ausschliessliche Jubeln. Die Idee wäre, dass man am Schluss eine Lösung hat. Heute ist alles schön symbolisch aufgestellt, die einen sind eher fürs Verbot und Bremsen, sie haben selber eine Interpellation eingereicht, die andere Seite, die FDP-Fraktion, vertreten durch Fabian Reinhard, sieht die Chance im Vordergrund. Der vom Stadtrat aufgezeigte Umgang geht in Richtung der Lösung, die der Sprechende vorher anspricht. Es braucht wahrscheinlich weder ein Verbot noch ein Laissez-faire, sondern einen gezielten Umgang mit dem vorliegenden Thema. Es ist eine gute Regulation gefragt. Nichts zu tun ist das Falsche, es zu verbieten ist auch das Falsche. Wie könnte das gehen? Der Kanton Zürich hat ein interessantes Modell in seinem neuen kantonalen Taxigesetz erfunden. Einerseits müssen sich Fahrer von Limousinendiensten und von

Uber-Fahrdiensten registrieren, andererseits brauchen sie eine Plakette. Das macht sie erkennbar und kontrollierbar, nimmt ihnen aber gleichzeitig nicht die Möglichkeit, wenn sie das wollen, für Uber zu fahren. Diese Lösung könnte sich der Sprechende auch für Luzern vorstellen. Was der Stadtrat andenkt, ist gescheit. Er denkt es in Richtung einer kantonalen Regelung. Noch gescheiter wäre vermutlich eine interkantonale Regelung. Wenn der Sprechende Luzern als Grosstadt versteht, umfasst diese vier Kantone, da gehören Schwyz, Ob- und Nidwalden dazu. Man braucht eine Viertelstunde und dann ist man überall. Es ist eigentlich alles Stadtgebiet, wenn man es von einem Taxifahrer her denkt. Diese Kantone müsste man durchaus miteinbeziehen. Vielleicht ist es symbolisch gerade besonders gut, dass man heute genau in dem Raum [Kantonsratssaal] politisiert, wo die Stadt vermutlich oder hoffentlich die Verantwortung übergeben darf. Der Sprechende bedankt sich bei den Interpellanten für die wichtigen und interessanten Fragen und dankt dem Stadtrat für die detaillierte Antwort, die sehr gut aufzeigt, wo die Stadt heute steht und wo es hingehen könnte. Er dankt auch für den Willen, das Thema weiterhin konstruktiv und im Sinn einer Lösung zu begleiten.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Yannick Gauch fragte am Anfang seines Vortums, ob das Vorgehen von Uber vielleicht aus Unbeholfenheit geschah. Der Sprechende versichert, dass das nicht Unbeholfenheit war. Das Parlament kann selber beurteilen, wie das Vorgehen war. Für den Stadtrat ist klar, dass die sozial- und arbeitsrechtlichen Grundbedingungen nicht durch dieses Modell unterlaufen werden dürfen. Von da her ist der Stadtrat sehr gespannt auf das Bundesgerichtsurteil. Der Sprechende dankt für die Qualifizierung der Antworten als differenziert. Man hat wirklich versucht, das auseinanderzubeineln, durchaus die Chancen zu sehen, gerade für eine internationale, offene Stadt wie Luzern. Es ein Angebot, das sich viele gewohnt sind; das macht man standardmässig. Ein frischer Player auf dem Markt könnte eine Chance sein, Antrieb für Innovation, für eine bessere Vernetzung oder um Plattformen zu bilden unter den bisherigen Taxiunternehmungen. Die Chance muss man dann kritisch auf alle Dimensionen der Nachhaltigkeit hinterfragen. In der amerikanischen Welt, wo das Modell schon weitergetrieben worden ist, hat sich leider bis jetzt nicht erwiesen, dass Uber zu weniger Fahrten oder zu weniger Autos führen würde. Es ist eher so, dass Leute, die sonst vielleicht den öffentlichen Verkehr oder den Fuss- und Veloverkehr benutzt haben, eher wieder so ein Autoangebot nutzen. Aber das kann sich unter anderen Umständen auch anders entwickeln. Die volkswirtschaftliche Dimension ist auch zu beachten. Der Stadtrat ist eher der Ansicht, dass Uber-Fahrerinnen und -Fahrer nicht Kunden sind, sondern eigentlich Angestellte einer Unternehmung. Diese Unternehmung zieht Gelder aus dem finanziellen System vor Ort ab. Das muss kritisch angeschaut werden, ebenso, was es für das bisherige Taxi-gewerbe bringt. Ein Taxi zu betreiben und damit eine Existenz aufzubauen, ist extrem schwierig. Es wird nun noch schwieriger. Ob es ein volkswirtschaftlicher Gewinn ist, wenn andere mit tieferen Preisen an einem Markt teilhaben, der eh schon extrem knapp ist und es in dem Sinn keinen Fortschritt bringt, wenn man den Markt noch zusätzlich mit Angeboten überfüttert, ist fraglich. Aber die Entwicklung steht selbstverständlich noch aus. Der Stadtrat sieht die Chance im Bereich der Plattformökonomie. Die Regulation ist aber schwierig. Meistens oder häufig sind diejenigen, die das Angebot machen, nicht irgendwo im politischen System der Schweiz greifbar. Es ist sehr schwierig, nur schon mit Uber in Kontakt zu treten, geschweige denn, irgendwie in eine Verhandlung zu gelangen. Es gibt aber kleine Player vor Ort und mit diesen kann man diskutieren. Der Sprechende

glaubt, dass von diesen frischen Plattformen, ökonomischen Angeboten, viel Innovation ausgeht. Das ist eine gute Chance. Aber zum Teil sind es Arbeitsbedingungen, die sich eigentlich im Prekariat bewegen. Es sind Leute, die sich vielleicht da und dort noch ein kleines Zubrot verdienen, aber als Selbständigerwerbende sozialrechtlich nicht richtig abgesichert sind. Das sind schwierige Entwicklungen, die gepaart sind mit den Chancen, die es bietet. Es wurde ein gezielter Umgang durch eine gute Regulation angeregt. Wahrscheinlich wäre eine schweizweite Regulation die beste, dann hätte man einen einigermaßen grossen Raum. Eine kantonale Regelung würde eigentlich nicht reichen, das hat das erwähnte Beispiel aufgezeigt, weil sie sonst von Hergiswil oder von Küssnacht als Standplatz herkommen. Die anderen Kantone liegen sehr nah am urbanen Raum von Luzern. Eine städtische Regelung macht definitiv keinen Sinn; in dem Sinn wird die Diskussion ganz sicher weitergehen. Es gab einen guten Titel im Zentralplus, der sinngemäss so lautete: «Der Stadtrat wurde uberrumpelt». Das war wirklich so. Der Stadtrat wusste nichts vom Markteintritt von Uber in der Stadt Luzern, bis die Push-Meldung während einer Sitzung aufblinkte. Der Sprechende führte ein Gespräch mit Uber, aber etwa eineinhalb Jahre vor der Einführung. Wie Uber dann zur Aussage kommen konnte, dass man gefragt habe, ob das Angebot in die gesetzliche und rechtliche Umgebung passt, ist dem Umwelt- und Mobilitätsdirektor ein Rätsel: «Gefragt haben sie nicht».

Die Interpellation 366 und die Interpellation 391 sind somit beantwortet.

**10 Interpellation 391, Fabian Reinhard namens der FDP-Fraktion
vom 5. März 2020:
Uber in Luzern**

Die Diskussion fand im Zusammenhang mit dem vorangegangenen Traktandum statt.

Die Interpellation 391 ist somit erledigt.

**11 Postulat 335, Daniel Lütolf namens der GLP-Fraktion
vom 18. Oktober 2019:
Autofreie Waldstätterstrasse bei der Migros**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Patrick Zibung stellt einen **Ablehnungsantrag**. Der Sprechende weiss nicht, was sich die GLP-Fraktion von diesem Vorstoss erhofft. Sie argumentiert selbst, dass die Strasse, welche sie nun autofrei machen will, nicht stark befahren ist und zu einem grossen Teil nur von Anwohnern benutzt wird. Diese müssen nun einen Umweg von 120 Metern fahren. Der Sprechende gibt zu, dass das nicht schlimm und zumutbar ist. Aber eine Reduktion von Verkehrslärm kann nicht der Grund für

die Einreichung dieses Postulats sein. Eigentlich ist diese Sperrung alleine kein Grund, sich aufzuregen. Aufregen muss man sich eher, weil es ein weiterer Teil der links-grünen Salomitaktik ist, mit der man Strassen nach und nach autofrei macht. Die GLP-Fraktion behauptet, man könne dort Freiflächen für andere Nutzungen schaffen, man könne dort dann flanieren und sitzen. Das klingt ehrlich gesagt gar nicht so schlecht. Nicht so schlecht hörte sich auch die zusätzliche Nutzung von Boulevardflächen auf Parkplätzen an. Die SVP-Fraktion war damals auch dafür, es tönte durchaus gut, wird aber jetzt leider nicht gut genutzt. Zumindest ist das die subjektive Wahrnehmung des Sprechenden. Und genauso wird es auch mit der neuen Nutzung in der Waldstätterstrasse sein. Die SVP-Fraktion lehnt daher das Postulat grossmehrheitlich ab.

Daniel Lütolf ist über diesen Ablehnungsantrag nicht erstaunt. Auch Kleines kann Grosses bewirken und das in Anlehnung an den weltbekannten Bestsellerautor Malcolm Gladwell, der in seinem lesenswerten Buch «Tipping point» beschreibt, wie kleine Dinge Grosses bewirken können. Der Sprechende beginnt mit einer Metapher: Kennen Sie das Problem, dass es manchmal sehr mühsam ist, einzelne Buchstaben auf dem Handy korrekt und exakt zu treffen? Gerne macht der Sprechende allen im Saal ein kleines Geschenk, wie Grosses bewirkt werden kann. Der Sprechende bittet die Anwesenden, ihr iPhone hervorzuholen, WhatsApp zu öffnen oder sonst etwas, wo man einen Text schreiben kann. Um die Buchstaben genau zu treffen, gibt es einen ganz kleinen Trick: Man muss länger auf der Leerzeilentaste verharren. Für diejenigen, die diesen Trick nicht kennen, generiert es einen Wow-Effekt und man fragt sich sicher: Wieso habe ich das nicht schon früher gewusst? Genau dieser Effekt wird bei der Waldstätterstrasse eintreten, bei den Ladenbesitzern, bei den Anwohnern, bei den Kunden der Migros. Auch Kleines kann Grosses bewirken, auch in Bezug auf die Sicherheit. Wie der Stadtrat in seiner sehr guten Antwort geschrieben hat, gilt bei der Kreuzung Winkelriedstrasse/Waldstätterstrasse Rechtsvortritt. Jedoch ist das vielen, die von der Winkelriedstrasse Richtung Bundesplatz fahren, nicht bewusst. Der Sprechende wohnte zwölf Jahre lang vis-à-vis und arbeitet fast täglich jeweils nachmittags in einem kleinen marokkanischen Restaurant an dieser Ecke, dem Barbès. Es ist quasi sein Homeoffice, sein Co-Working-Space. Der Sprechende kennt von daher die Situation sehr gut und ist glücklich, dass es bis jetzt an dieser Kreuzung nur zu kleinen Blechschäden gekommen ist und noch nie zu einem grösseren Unfall. Auch Kleines kann Grosses bewirken. Das auch in Bezug zu einer Gesamtstrategie des Verkehrs. Man kann der GLP-Fraktion, nicht zu Unrecht, den Vorwurf machen, dass sie mit solch kleinen, punktuellen Baustellen bzw. Optimierungen eher einen Flickenteppich baut, ohne wiedererkennbare Strategie. Dem ist aber klar nicht so. Die Sperrung dieses Abschnitts an der Waldstätterstrasse für den motorisierten Individualverkehr entspricht den Bestrebungen der Mobilitätsstrategie, wie es der Stadtrat in seiner Antwort auch festhält. Aber ganz unabhängig davon: Wenn eine offensichtliche Verbesserung aus Sicht der Sicherheit und aus Sicht einer klaren Quartieraufwertung feststellbar ist, die kostengünstig, pragmatisch und schnell umsetzbar ist, dann muss man handeln, zum Wohl von allen. Auch Kleines kann Grosses bewirken, das sagen dem Sprechenden auch Anwohner, Gewerbetreibende und der Quartierverein, ganz nach dem Motto: «Wieso erst jetzt?» Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort sehr richtig: Der Abschnitt von der Migros hat das Potenzial für eine weitere attraktive Begegnungs- und Aufenthaltszone im Hirschmattquartier. Diese kleine Aufwertung der rund 30 Meter hat eine grosse positive Wirkung auf das ganze Quartier. Auch Kleines kann Grosses bewirken. Es wird durch diese Sperrung niemandem irgendetwas weggenommen,

es werden keine Parkplätze gestrichen – es gibt dort keine – und die 120 Meter, Patrick Zibung hat es erwähnt, sind durchaus tolerier- und machbar, zumal es wenige Autofahrer sind, die diesen Abschnitt brauchen. Wenn man schon weiss, dass es zirka fünf Autos pro Stunde sind – der Sprechende hat diese übrigens gezählt –, dann ist es quasi ein Status quo. Dann kann dieser entsprechende Strassenabschnitt gesperrt werden, weil er offenbar keinem Bedürfnis entspricht. Mit diesem Postulat will die GLP-Fraktion also den Status quo schöner und sicherer gestalten. Der Sprechende dankt für die Zustimmung des Grossen Stadtrates. Die Anwohner und Läden vor Ort werden den Parlamentarierinnen und Parlamentariern dankbar sein. Der Sprechende schliesst sein Votum mit den Worten: «Lasst uns aus etwas Kleinem etwas Grosses machen».

Nico van der Heiden dankt dem Verfasser des Postulats für die gute Idee und dem Stadtrat für seine Bereitschaft, die Idee umzusetzen. Roger Sonderegger machte den Sprechenden anlässlich der vorletzten Sitzung darauf aufmerksam, dass er einen Vorstoss rezykliert habe. Beim vorliegenden Vorstoss hatte der Sprechende auch ein Déjà-vu. Er schaute deshalb schnell nach und fand B 30/2009: «Begegnungszonen in der Stadt Luzern». Dieser wurde vom Grossen Stadtrat am 29. Oktober 2009 ablehnend zur Kenntnis genommen (Beat Züsli war übrigens für die ganze Sitzung entschuldigt, aber das ist egal). Bereits damals hatte der Stadtrat das Gebiet rund um den Coop und die Migros in der Neustadt für eine Begegnungszone im Visier; leider war das Vorhaben damals noch nicht mehrheitsfähig. Jetzt geht der Vorschlag der GLP-Fraktion sogar noch ein Stück weiter, sie wollen diesen Part autofrei haben. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst diese Idee. Ausser die paar Unverbesserlichen, die ihr Auto direkt vor der Migros aufs Trottoir stellen um einkaufen zu gehen, wird dieser Strassenabschnitt vor allem von Fussgängerinnen und Fussgängern benutzt. Diese sollen ihn bekommen. Autofahrerinnen (die es gemäss Postulat nicht gibt) und Autofahrer verlieren gar nichts, denn es hat dort keine legalen Parkplätze und man kommt auch nirgends hin, ausser man betreibt Blockrandumfahrung, was man tatsächlich am Samstag manchmal beobachten kann, wenn man in dem vom Postulanten zitierten Lokal einen Tee trinkt. Der Sprechende bemerkt am Rande: Die GLP-Fraktion fordert in ihrem Postulat für diesen Strassenabschnitt Grünelemente analog denen im Löwengraben. Der Sprechende bittet, es nicht so zu machen und ersucht den Stadtrat, es dieses Mal von Anfang an richtig und auch richtig schön grün zu machen. Die SP/JUSO-Fraktion stimmt dem Postulat 335 zu.

Andreas Felder: Grundsätzlich ist es schon so, wie es Patrick Zibung vorhin gesagt hat: Wenn gefordert wird, eine Strasse zu sperren und diese autofrei zu machen, ist die Fraktion skeptisch und schaut genauer hin. Es gibt Fälle, wo das Sinn macht, nämlich dann, wenn es für den Verkehr nicht wirklich ins Gewicht fällt und wenn ein Mehrwert geboten werden kann. Die Mehrheit der CVP-Fraktion findet, dass das vorliegend der Fall ist. Wie der Stadtrat aufzeigen konnte, braucht man die Strasse vor allem als Zufahrt für den Innenhof, für die Anwohner. Diese Zufahrt ist nach wie vor sichergestellt und sonst hat man dort praktisch keinen Verkehr. Der kleine Umweg von 120 Metern ist in dem Rahmen verkraftbar. Aus eigener Erfahrung weiss der Sprechende, dass die Waldstätterstrasse schon grossmehrheitlich von Fussgängern genutzt wird. Bei den angrenzenden Restaurants und dem angrenzenden Park ist ein sehr hochwertiger Platz entstanden. Dass man durch die Sperrung des Strassenabschnitts den Park wie erweitern kann, macht für die Fraktion Sinn. Deshalb wird die CVP-Fraktion grossmehrheitlich zustimmen.

Christov Rolla: Die G/JG-Fraktion dankt dem Postulanten für diesen Vorstoss und dem Stadtrat für seine Antwort und die Entgegennahme. Damit ist das Wichtigste eigentlich schon gesagt – die G/JG-Fraktion steht selbstverständlich hinter dieser Idee. Es ist aber nicht so, dass sie Luftsprünge macht, Lampions und Girlanden hervorholt und eine Tischbombe anzündet, falls das Postulat überwiesen wird. Damit die Fraktion in solch eine Feststimmung käme, müsste der gesperrte Strassenabschnitt schon ein wenig länger sein; und eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs MIV, statt nur einer Verschiebung, würde die Fraktion lieber sehen (auch wenn das natürlich nicht die Idee oder die Aufgabe dieses Postulats ist). Der Sprechende ist nicht ganz so sicher, ob das kleine Stück Asphalt zwischen der Migros und dem Block vis-à-vis, der in erster Linie aus einer Fassade besteht (und ein wenig Barbès unten links), wirklich zu einem total attraktiven Begegnungs- und Aufenthaltsort werden kann. Wünschenswert wäre es auf jeden Fall. Für den Sprechenden wird sich das Helvetiagärtli wegen dieser Massnahme aber kaum vergrössert anfühlen – zumindest nicht, solange nicht auch die grosse Traverse namens Kauffmannweg verkehrsberuhigt, begrünt und beschattet wäre.

Auf der anderen Seite sind die Vorteile einer Teilsperrung der Waldstätterstrasse aber sonnenklar: Die Verkehrsführung bzw. die Orientierung in der Winkelriedstrasse würde massiv übersichtlicher; schätzungsweise würde das auch für den Kauffmannweg gelten; und für die Migros-Kundschaft auf dem Weg zu ihren auf der andere Strassenseite parkierten Velos (oder von den Barbès-Gästen zum Kiosk vis-à-vis) würde es sicher angenehmer und sicher sicherer – und das gilt auch für alle anderen Leute, die zwischen Hirschmattstrasse und Helvetiapärkli zirkulieren wollen oder müssen. Es gibt in der Neustadt schon genug «unnatürliche Bremsen» für den Fussverkehr im Sinn von Strassen – gefühlt nach jedem zehnten Schritt muss man anhalten und schauen, ob ein Auto kommt oder nicht, das bremst so fortlaufend. Da würde die G/JG-Fraktion dem Quartier und vielen Parlamentarierinnen und Parlamentariern die 30 Meter herzlich gönnen, auf denen man mal nicht auf den Autoverkehr achten muss.

Und nicht zuletzt ist in den Augen der Fraktion jeder Meter Strasse, den man vom unnötigen motorisierten Verkehr befreien kann, ein Schritt in die richtige Richtung, es entspricht dem langfristigen Ziel der G/JG-Fraktion und auch dem der Stadt und erhöht die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner, aber auch aller Gäste, die die Stadt zu Fuss erkunden. Allen anderen sind die 120 Meter Umweg auf dem Weg zu ihrem Parkplatz zweifelsohne zuzumuten – und für Leute, die sehr gern in ihrem Auto sitzen, hätte das sogar den Vorteil, dass sie noch etwas länger darin sitzen bleiben können, bis sie aussteigen müssen. Kurzum: Für die G/JG-Fraktion spricht nichts gegen das Ansinnen des Postulats und deshalb ist die Fraktion einstimmig für die Überweisung.

Rieska Dommann: Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Nicht, weil sie gegen eine Aufwertung in diesem Bereich ist, aber weil es dazu keine Sperrung für den Autoverkehr braucht. Die Waldstätterstrasse wird weiterhin befahren bleiben, auch wenn man sie für den Autoverkehr sperrt. Man muss trotzdem aufpassen, dass man nicht mit einem Velo zusammenstösst, man kann also nicht blindlings über die Strasse laufen. Zudem muss die Durchfahrt für die Blaulichtorganisationen gewährleistet bleiben. Die Situation ist bei Weitem nicht vergleichbar mit dem angrenzenden Helvetiaplatz, Christov Rolla hat das schön ausgeführt. Fussgängerinnen und Fussgänger müssen weiterhin auf den Verkehr achten und die Möblierung, die man dort anbringen kann, muss die Durchfahrt für den Autoverkehr ermöglichen. Der Mehrwert, der durch eine Sperrung des Autoverkehrs geschaffen werden

könnte, ist deshalb für die FDP-Fraktion nicht erkennbar. Man kann die Strasse aufwerten, auch wenn dort noch ein paar Autos durchfahren.

Dass dadurch aber die Erschliessung des Quartiers verschlechtert wird, und in der Folge Umwege zurückgelegt werden müssen, liegt auf der Hand. Wer sich nicht sehr gut auskennt im Quartier, hat zunehmend Mühe, sein Ziel auf Anhieb zu erreichen und fährt halt vielleicht zwei- oder dreimal am falschen Ort durch. Die FDP-Fraktion unterstützt grundsätzlich die vom Stadtrat in Aussicht gestellten Aufwertungsmassnahmen. Sie erachtet auch die Anordnung von «Kein Vortritt» bei der Einmündung in die Winkelriedstrasse zur Verbesserung der Verkehrssicherheit als sinnvoll. Die Fraktion lehnt aber die Sperrung für den Autoverkehr ab.

Umwelt- und Mobilitätsdirektion Adrian Borgula bittet, das Postulat zu überweisen. Der Stadtrat ist überzeugt, dass es eine kleine, gute Idee ist. Es ist nicht ein grosser Sprung in der Stadtentwicklung, aber es ist ein kleiner Beitrag zur Aufwertung. Damit knüpft der Sprechende gleich an das Votum des Sprechers der FDP-Fraktion an: Um aufzuwerten, braucht es etwas Platz. Es braucht eine gewisse Fläche, um Grünelemente und anderes dort aufstellen zu können. Diesen Platz hat man nicht, wenn die Verkehrsfläche dort die gleiche bleibt wie heute. Es braucht eine Schneise für die Blaulichtorganisationen. Diese ist übrigens auch auf dem Helvetiaplatz sichergestellt. Sie muss vorhanden sein. Eine Blaulichtorganisation muss auch zwischen den Stühlen vom Helvetia zum Beispiel durchfahren können, die sogenannte Rettungsgasse muss sichergestellt sein. Sie wird nur sehr selten benutzt und wenn sie benutzt werden muss, dann hört man das anhand der Sirene. Bei der Vorbereitung zu diesem Geschäft erinnerte sich der Sprechende an die Entstehungsgeschichte des Hirschmattquartiers. Das muss man sich zwischendurch vielleicht wieder einmal vor Augen führen. Im Hirschmattquartier sind um zirka 1880/1890 Blockrandbebauungen geplant worden und entstanden. Man hat breite Boulevards für die Bevölkerung und für die paar Kutschen gemacht und eine Baumpflanzung vorgenommen. Der Raum wurde im 20. Jahrhundert nach und nach eingenommen, zuerst durch Fussgängerinnen und Fussgänger, dann nebst immer auch noch den Kutschen und den Fuhrwerken durch die ersten Velos, später irgendwann kam der Autoverkehr dazu und die Parkierungsfläche. Früher waren alle Frontseiten auf die Strasse gerichtet. Dort hatte man die schönen Räume, denn draussen war es ruhig und dort ging das Leben ab. Der Hinterhof war in dem Sinn wirklich der Hinterhof. Unsere Städte hat man im Laufe der Zeit auf den Autoverkehr ausgerichtet. Heute wäre man bei vielen Blockrandbebauungen froh, man könnte den Hinterhof als Ruhe- und Erholungsraum nutzen. Das hat sich gewandelt. Man muss sich langsam überlegen, wie das Verhältnis punktuell wieder zugunsten der Lebensqualität der Bevölkerung und der Gäste erhöht werden kann. Beim Projekt Hirschmattquartier hat man ganz bewusst nicht mit autofreien Strassen geplant. Man hat sich gesagt, das gehört zu diesem lebendigen Quartier. Es gehört dort ein gewisser Autoverkehr dazu, das ermöglicht gewisse Geschäfte, das ermöglicht auch eine andere Konstellation als man es in der Altstadt hat. Eine kleine Aufwertung wurde schon erreicht. Das zeigt sich aktuell am Beispiel der gesteigerten Nutzungsflexibilität. Diese hat man angestrebt. Man sagte sich, dass es in Zukunft möglich sein soll, die verbreiterten Trottoirflächen auch für andere Zwecke zu nutzen, aktuell für gewisse Boulevarderweiterungen. Man darf nicht vergessen: Das Helvetiagärtli war früher eine Verkehrsfläche. Dass dieses nun einen hohen Erholungswert, einen hohen Aufenthaltswert, einen hohen Wert für das Quartier als Begegnungs- und Erholungsort hat, ist unbestritten. Nico van der Heiden regte an, dass man es

mit den Grünelementen von Anfang an richtigmachen soll. Der Sprechende erinnert, dass das Parlament die Form, wie es im Löwengraben ausgeführt wurde, so beschlossen hatte. Aufgrund eines Postulats korrigierte man es später zu dem, was es heute ist. Die Stadt ist nicht alleine schuld, dass es nicht optimal herausgekommen ist. In Bezug auf den Teilabschnitt an der Waldstätterstrasse muss der Sprechende sagen, dass wenn man schnell etwas machen will – und das will man – macht die Stadt das voraussichtlich mit mobilen Grünelementen. Man schaut, was möglich ist. Ob man längerfristig wirklich auch in den Boden eingräbt, ist offen und würde in einem nächsten Schritt folgen. Den zweiten Schritt würde man dann aber nicht mit Fr. 15'000.– bis Fr. 20'000.– machen können. Das muss man sich überlegen. Der Stadtrat will es aber gut machen und glaubt, dass es insgesamt etwas attraktiver aussehen wird als der Löwengraben, der noch keine Perle der Stadtgestaltung ist. Aber auch dort wird weitergearbeitet. In dem Sinn wirbt der Sprechende nochmals für die Überweisung des Postulats.

Der Grosse Stadtrat überweist somit das Postulat 335.

- **Rückkommen auf Dringliche Interpellation 431, Gianluca Pardini namens der Geschäftsprüfungskommission vom 22. Juni 2020
Generalversammlung der VBL AG über das Geschäftsjahr 2019**

Simon Roth beantragt ein **Rückkommen** auf die Dringliche Interpellation 431. Das Geschäft war ziemlich schnell beendet. In der Geschäftsprüfungskommission wurde nicht vorbesprochen, dass man hier im Rat keine Diskussion will. Der Sprechende beantragt eine Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Rückkommensantrag und dem Antrag auf Diskussion zu.

Simon Roth bedankt sich beim Stadtrat für die Antwort auf die Interpellation. Es ist eine wesentliche Information, dass dem Verwaltungsrat der Verkehrsbetriebe Luzern AG für das Geschäftsjahr 2019 die Décharge nicht erteilt worden ist. Der Sprechende hätte sich vom Stadtrat hier im Rat eine proaktivere Kommunikation gewünscht. Es ist doch schon über einen Monat her, seit das der Fall war und es brauchte quasi die Interpellation der Geschäftsprüfungskommission, um es zur Sprache zu bringen. Der Sprechende möchte wissen, weshalb der Stadtrat nicht proaktiver kommuniziert hat. Bei den weiteren Informationen, die auf Frage 5 der Interpellation folgen, sagt der Stadtrat, dass die vbl eine einvernehmliche Lösung mit den Partnern finden muss und dass der Stadtrat nicht bereit ist, den Rückzahlungsentscheid zu fällen. Dieser liege allein in der Kompetenz und der Verantwortung des Verwaltungsrates. Der Sprechende möchte die Gelegenheit nutzen, um zu sagen, dass die SP/JUSO-Fraktion diese Haltung des Stadtrates unterstützt.

Christian Hochstrasser unterstützt die Aussagen von Simon Roth, insbesondere im Bereich der Frage zur Vereinbarung und der Frage, welche Aufgabe der Verwaltungsrat und welche Aufgabe die Aktionärin Stadt Luzern hat. Dem Sprechenden ist bei der Antwort des Stadtrates ein Punkt aufgefallen, nämlich die Höhe des Gewinns. Es steht, dass der Jahresgewinn der vbl rund

Fr. 1'056'000.– beträgt. Im Jahresbericht der vbl steht der Betrag von 6,7 Mio. Franken (konsolidierter Gewinn). Der Sprechende ist darüber etwas überrascht und hofft hier auf eine Antwort aus Sicht der Stadt. Er geht davon aus, dass der Betrag um eine Million Franken der Holdinggewinn ist und dass der Rest in den Tochtergesellschaften ist, was aber da nicht ausgewiesen ist. Der Sprechende empfindet das als Zeichen, dass die Transparenz innerhalb dieses Konstrukts vbl nicht gegeben ist. Die Fr. 1'056'000.– entsprechen ziemlich der erwarteten Dividende, die man in den letzten Jahren gehabt hat. Es ist in der Holding einfach so ausgewiesen, dass man am Schluss auf die Million kommt. Der Rest ist eigentlich fern vom Einfluss der Stadt als Aktionärin in den Tochtergesellschaften parkiert. Das findet der Sprechende einmal mehr bemerkenswert. Vielleicht täuscht sich der Sprechende und vielleicht kann der Stadtrat noch klären, wie die verschiedenen Gewinne zustande kommen, was also im Geschäftsbericht als konsolidierter Gewinn und was in der Interpellation als Jahresgewinn ausgewiesen wird.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub antwortet gleich zu Beginn auf die Frage, weshalb der Stadtrat nicht proaktiver informiert hat. Die Finanzdirektion hat die Geschäftsprüfungskommission informiert. Es liegt nicht an den Aktionärinnen und Aktionären, über die Generalversammlung einer AG zu berichten. Die Information der Öffentlichkeit ist Sache der Aktiengesellschaft selber. Weil die vbl AG das nicht gemacht hat, gab es diesen Vorstoss. Dass die Stadt als Aktionärin eine Medienmitteilung über eine Generalversammlung einer AG macht, wäre höchst aussergewöhnlich und nicht üblich. Für die zweite Frage, welche den Gewinn betrifft, muss die Sprechende auf die Geschäftsprüfungskommission verweisen. In diesem Rahmen können allfällige Abweichungen und Fragen geklärt werden.

Simon Roth dankt Franziska Bitzi für die Ausführungen und bestätigt, dass die Geschäftsprüfungskommission das erfahren hat. Es ist dem Sprechenden auch klar, dass nicht der Stadtrat in erster Linie kommunizieren muss. Es ist einfach klassisch, dass der Verwaltungsrat der vbl nicht über die Generalversammlung informiert hat. Das fügt sich ein in eine ganze Reihe ähnlicher Ereignisse von Intransparenz bei diesem Unternehmen. Der Sprechende muss sagen, dass das sein Vertrauen in diesen Verwaltungsrat der vbl überhaupt nicht stärkt, ganz im Gegenteil.

Die Dringliche Interpellation 431 ist somit definitiv erledigt.

**12 Postulat 342, Regula Müller und Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion vom 28. Oktober 2019:
Eine «Bibliothek der Dinge» für Luzern**

Das Postulat 342 wurde vor der Sitzung zurückgezogen.

13 Postulat 343, Marco Müller namens der G/JG-Fraktion und Maria Pilotto namens der SP/JUSO-Fraktion vom 28. Oktober 2019: «Integrierte Versorgung» in der Stadt Luzern

Christian Hochstrasser beantragt, Postulat 343 auf eine spätere Sitzung zu verschieben, da die Postulanten teilweise bereits ferienabwesend sind und so ihr Geschäft nicht vertreten können.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Das Postulat 343 wird somit verschoben.

14 Interpellation 358, Maria Pilotto namens der SP/JUSO-Fraktion vom 29. November 2019: Familienergänzende Kinderbetreuung im steten Wandel – Wohin geht die Entwicklung?

Maria Pilotto beantragt Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Maria Pilotto freut sich, dass es im letzten Traktandum dieser Legislatur um ein Thema geht, das sich mit etwas Grundsätzlichem und Zeitlosem wie Kinderbetreuung beschäftigt, aber auch ein Thema ist, das sich mit den verschiedensten Facetten der familienergänzenden Kinderbetreuung beschäftigt. Es zeigt auf, wo man im Thema heute steckt und dass dieses Thema das Parlament auch in der kommenden Legislatur beschäftigen wird.

Familienergänzende Kinderbetreuung ist systemrelevant. Das haben wir in den letzten Monaten ganz offiziell bestätigt erhalten. Aber was bedeutet das nun – und wie gehen wir damit um? Die Fragen der Interpellation decken das Themenfeld recht breit ab und die Antworten zeigen, ob und wie wir diese Systemrelevanz ernst nehmen oder eher weniger. Die Interpellantin dankt dem Stadtrat für die Antworten und möchte auf zwei Punkte eingehen:

1. Der eingeschlagene Weg der Stadt mit den neuen Qualitätsrichtlinien und ebenso die Weisungen des Kantons gegen ausbeuterische und systemfremde Praktika im Bereich der Kitas ist richtig. Ein systemrelevantes Berufsfeld sollte auf gut ausgebildete Fachleute mit fairen Arbeitsbedingungen zurückgreifen können. Dass dadurch die Tarife ansteigen, ist nur folgerichtig. Was sich in der Antwort des Stadtrates aber zeigt, ist, dass wir in der Stadt mit den Betreuungsgutscheinen keinen direkten Hebel auf die Tarife haben. Seit zwei Jahren sind die Tarife rund fünf Franken teurer als früher. Bei einem Kind, das zwei Tage in die Kita geht, macht das jährlich Fr. 500.– aus, die mehr bezahlt werden müssen. Auf Kita-Ausgaben von beispielsweise rund Fr. 12'000.– macht das nicht den grossen Batzen aus. Aber gerade für Leute, die weniger verdienen, sind Fr. 500.– sehr viel. Vielleicht haben sie auch nicht nur ein Kind,

sondern vielleicht zwei oder geben das Kind an mehreren Tagen in die Kita. Gerade Leute, die weniger verdienen, sind auf die Betreuungsgutscheine angewiesen. Aber diese haben in den vergangenen zwei Jahren keinen einzigen Rappen mehr erhalten, obwohl sie zum Beispiel die Fr. 500.– mehr bezahlen mussten. Es würde die Sprechende nicht erstaunen, wenn sich Familien mit tiefen Einkommen erneut nach anderen Betreuungsmöglichkeiten umgesehen haben, weil sie sich Kitas nicht mehr leisten können. Die Sprechende ist sehr gespannt zu erfahren, zu welchen Schlüssen der Stadtrat bei der Überprüfung der Betreuungsgutscheine kommt und wünscht sich, dass diese Ergebnisse und Schlüsse einigermaßen zeitnah kommen werden.

2. Dass sich beim Verband Luzerner Gemeinden (VLG) in Sachen Qualitätsrichtlinien etwas tut, ist erfreulich. Jedoch hat dies viel zu lang gedauert (etwa drei Jahre). Auch hat sich keine andere Gemeinde selbständig den Richtlinien der Stadt angeschlossen oder ähnliche übernommen. Eher werden Betreuungsgutscheine wie zum Beispiel in Kriens wieder in Frage gestellt. Das zeigt, dass der Graben zwischen der Stadt und den anderen Gemeinden im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung gross ist. Das zeigen auch die diversen Schilderungen des Stadtrates in den Interpellationsantworten. Es ist ein Gap, den wir uns bei diesem Thema nicht leisten können. Wir müssen mit den anderen Gemeinden auf Augenhöhe oder zumindest auf ähnlicher Höhe sein, damit wir das Thema familienergänzende Kinderbetreuung vorwärtsbringen können, so dass es auch den städtischen Ansprüchen entspricht. Wir müssen zumindest die finanzielle Unterstützung der anderen Gemeinden oder die Unterstützung des Kantons haben. Die Anforderungen an die Kitas wurden in der Antwort genannt: Frühe Förderung, Sprachförderung, Kinder mit Beeinträchtigungen, komplexere Betreuungsfälle etc. Diese Anforderungen an die Kitas sind zu dringend, als dass die Stadt das alleine erreichen kann. Dass die Stadt zu einem Verwaltungsdienstleistungszentrum für Gemeinden wird, hält die Sprechende für den falschen Weg. Damit fliegen bestehende Herausforderungen, die wir z.B. bei den Kitas haben, unter den politischen Radar. Es ist ein Unterschied, ob ein Auftrag an eine «geeignete Stelle ausserhalb der Gemeindeverwaltung» übertragen wird oder an eine andere Gemeinde.

Der Dialog zur freiwilligen Qualitätsentwicklung, den die Stadt mit den Kitas in der Stadt und darüber hinaus führt, ist wichtig. Diesen muss man aber nicht im Geheimen führen, sondern wirklich mit Unterstützung auch von den Gemeinden. Es braucht nicht nur die Leistungsvereinbarungen und den ein wenig verborgenen Qualitätsdialog, sondern eine politische Diskussion über die Qualität in den Kitas, was das kostet und wie wir das als Stadt, als Gemeinden, als Kanton erreichen können. Mit dem Weg abseits der politischen Steuermöglichkeiten erweisen wir den Kitas, den Eltern, den Angestellten und den Kindern keinen Dienst. Es muss auf den Tisch, dass Kitas wichtig sind, dass sie als Betreuungsangebot nur mit guter Qualität und guten Arbeitsbedingungen funktionieren und dass sie schlussendlich auch zahlbar sein müssen. Diese Verantwortung kann die Stadt nicht für die umliegenden Gemeinden und auch nicht für den Kanton übernehmen. Wenn beide Luzerner Wirtschaftsverbände vermelden, dass familienergänzende Kinderbetreuung für die Vereinbarkeit und für Frauenkarrieren wichtig ist, wie dies in der heutigen Luzerner Zeitung steht, dann muss der Stadtrat politisch aufstehen, diesen Ball aufnehmen und auf politischer Ebene weiterspielen. Das ist kein Kinderspiel; aber die Betreuung und Unterstützung vonseiten der SP/JUSO-Fraktion ist ihm zugesichert.

Heidi Rast dankt dem Stadtrat für die ausführliche inhaltliche Beantwortung der Fragen der Interpellantin. Die Antworten zeigen auf, dass dem Stadtrat die Qualität der familienergänzenden Kinderbetreuung in den Kitas wirklich ein grosses Anliegen ist. Der Stadtrat nimmt die Verantwortung wahr, dass sich die städtischen Kitas zeitgemäss und zum Wohl der Kinder weiterentwickeln. Das zeigt sich in den verschiedensten Qualitätsrichtlinien, die auch stetig basisorientiert diskutiert, entwickelt und entsprechend umgesetzt werden. Die hohe Professionalität und die anerkannten Kompetenzen sind anscheinend sehr gefragt. Es ist sehr erfreulich, dass die Stadt Luzern im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Luzerner Gemeinden und den Verband der Luzerner Gemeinden (VLG) unterstützt und beratend zur Seite steht. Die Sprechende liest aus der Antwort des Stadtrates, dass die geleistete Arbeit eine gewisse Gratwanderung ist und die Abteilung Kinder Jugend Familie (KJF) an ihre Kapazitätsgrenze bringt. Die Sprechende würde gerne erfahren, ob ein Ressourcenausbau für weitere Beratungs- und Unterstützungsaufgaben ausserhalb der Leistungsvereinbarungen geplant ist. Wie sie aus den Antworten entnehmen kann, würden zusätzliche Ressourcen die Abteilung KJF entlasten wie auch das Bedürfnis nach gemeinsamen und einheitlichen Qualitätskriterien zusammen mit dem VLG ermöglichen. Bei den Kosten und Tarifen der familienergänzenden Familienbetreuung zeigen sich die Komplexität und die Herausforderungen deutlich. Die Anforderungen an die Kitas steigen stetig, die Qualitätskriterien sind nur mit entsprechend ausgebildetem Personal zu erfüllen. Kitas sind deshalb sehr bemüht, gutes und qualifiziertes Personal anzustellen. Doch der Arbeitsmarkt zeigt, dass das nicht so einfach ist. Zum Beispiel sind die Arbeitsbedingungen und die Löhne meistens nicht im Einklang. Kitas sollten immer mehr verschiedenartige Aufgaben übernehmen und dafür besorgt sein, dass die Qualität und die Qualitätskriterien erfüllt werden. Das heisst natürlich, dass das Personal dementsprechende Ausbildungen und Weiterbildungen absolvieren muss, damit die beruflichen Anforderungen erfüllt werden. Doch der Arbeitsmarkt zeigt, dass ausgebildete Fachkräfte rar sind. Obwohl immer mehr Lernende ausgebildet werden und neu Ausbildungswege auf der Tertiärstufe erschlossen sind, ist der Arbeitsmarkt ausgetrocknet und eine Besserung ist nicht wirklich in Sicht. Leider ist die gesellschaftliche wie auch die politische Wertschätzung noch nicht so, wie sie sein sollte. Deshalb müssen die Arbeitsbedingungen inklusive Löhne weiter verbessert werden. Das hat zur Folge, dass Mehrkosten entstehen und diese müssen gedeckt werden. Doch wie soll das gehen? Auch die Einführung der neuen städtischen Richtlinien haben zur Folge, dass Tarife pro Betreuungstag durchschnittlich um fünf Franken gestiegen sind. Das erscheint im Moment nicht viel Geld zu sein. Doch gerade für Familien mit mittlerem wie auch tieferem Einkommen hat das einschneidende Auswirkungen. Bei ihrer Arbeit im Sentireff erlebt die Sprechende häufig, dass fünf Franken für viele Familien sehr viel Geld bedeuten. Das kann ausschlaggebend sein, ob jemand sich etwas leisten kann oder nicht. Deshalb ist es sicher immer noch so, dass Familien mit tieferem Einkommen das Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung für ihre Kinder nicht nutzen können, auch wenn sie das wollten. Dass die Stadt Luzern das System der Betreuungsgutscheine jetzt am Überprüfen ist, findet die Sprechende sehr wichtig. Wichtiger findet sie es jedoch, dass die Stadt schnell den steigenden Betreuungskosten entgegenwirkt. Da ist ein abgestuftes Modell gefragt, das vor allem Familien und Eltern mit tieferem Einkommen unterstützt, damit diese für die familienergänzende Kinderbetreuung gewonnen werden können. Die Sprechende würde gerne erfahren, bis wann die Überprüfung abgeschlossen ist.

Agnes Keller-Bucher: Das Postulat zeigt klar auf, dass die Stadt nicht Mitglied des Verbands der Luzerner Gemeinden (VLG) ist. Als Folge davon kann die Stadt nur Empfehlungen abgeben, auch hier in Bezug auf die Kinderbetreuung. Damit die Stadt wieder eine richtige Stimme hat, wäre es aus Sicht der CVP-Fraktion sinnvoll, wenn die Stadt dem VLG wieder beitreten würde.

Stefan Sägesser dankt der Interpellantin für die Anfrage. Es zeigt die Sensibilisierung für das Thema. Der Stadtrat hat eine ausgezeichnete Antwort geschrieben. Für den Sprechenden erübrigt sich somit jeder weitere Kommentar. Er dankt für den kommenden Bericht.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: In der Interpellation werden Fragen zu den Qualitätsrichtlinien gestellt. Damit öffnet sich ein ganzes Feld, angefangen bei der Frage, ob die Elternbeiträge tatsächlich durch die neuen Qualitätsrichtlinien gestiegen sind. Es wurden auch Zahlen genannt, wie zum Beispiel die fünf Franken pro Tag. Nach Einschätzung der Abteilung Kinder Jugend Familie (KJF) haben eher die Empfehlungen des Kantons dazu geführt, dass man weniger Praktikanten einstellt. Weniger Praktikanten zu haben heisst, dass es zu einer gewissen Verteuerung kommt, heisst aber auch, dass die Kitas weniger billige Arbeitskräfte brauchen können. Das ist ein gewisser Zielkonflikt zwischen Qualität und Eigenständigkeit der Betriebe. Die Empfehlung bringt sicher Qualitätsverbesserungen und das spüren die Eltern mit mittleren Einkommen, mit höheren Einkommen und mit tieferen Einkommen. Bei der Überprüfung der Betreuungsgutscheine arbeitet man auch mit Resultaten aus einer Elternbefragung, die bereits durchgeführt und abgeschlossen ist. Als nächster Schritt kommt die Befragung der Kitas. Dann wird die Stadt einen Vorschlag ausarbeiten, auch zuhanden des Parlaments, sodass man dann auf der Zielgerade im Jahr 2022 von den Beiträgen des Bundes profitieren könnte. Das ist die Idee, der grobe Fahrplan. Vor drei Jahren, im Jahr 2017, wurde in Sachen Betreuungsgutscheine und tiefes Einkommen eine Revision gemacht. Es zeigte sich, dass die tieferen Einkommen mehr entlastet wurden. Von den jährlich 500 bis 600 Kindern, die mit Betreuungsgutscheinen in Kitas kommen, stieg der Anteil der Eltern mit tieferen Einkommen an. Man kann sagen, dass dieser Effekt gelungen ist. Aber der andere Effekt ist nicht gelungen; im Mittelstand hat man eine gewisse Stagnation. Das wird auch eine der Fragen sein, die angeschaut werden. Es wurde auch die Frage der Zusammenarbeit thematisiert. Der Stadtrat findet die Zusammenarbeit sehr wichtig. Es ist ein Kompetenzzentrum da, in dem Sinn, dass die Stadt Leistungsverträge hat, dass die Stadt die Aufsicht für andere Gemeinden macht, dass die Stadt die Kompetenz hat, genau gleich wie in anderen Bereichen auch. Das ist auch eine politische Frage. Am letzten Freitag war Monika Hürlimann von der Abteilung Kind Jugend Familie an der Regionalkonferenz Luzern des Verbands Luzerner Gemeinden und präsentierte den Mitgliedern, wie die städtischen Qualitätsrichtlinien ausgestaltet sind und warb dafür, dass anderen Gemeinden diese übernehmen. Die anderen Gemeinden sind frei, diese zu übernehmen oder nicht. Der Weg der Stadt ist, unsere Vorstellungen, unsere Regelwerke den anderen Gemeinden und dem Kanton beliebt zu machen, damit man in einem engen Dialog ist, auch mit dem DISG (Dienststelle Soziales und Gesellschaft des Kantons) und dass möglichst viel von dem übernommen wird. Das ist eine politische Aufgabe, aber auch eine Aufgabe auf Fachebene, die passiert. Gerade in der Qualitätsdiskussion ist die Abteilung KJF in den letzten Jahren schweizweit in eine Position hineingewachsen, wo sie auch an nationalen Veranstaltungen regelmässig gefragt wird, wie die Stadt es mit der Qualität handhabt. Vor einem Jahr oder weniger kam eine Kita-Kette

in der Stadt Zürich in die Schlagzeilen, die die Qualitätsvorgaben eindeutig nicht einhält. Diese Kette ist auch in Zug, nicht aber in Luzern. Wieso hat sich diese Kita-Anbieterin nicht auch in der Stadt Luzern etabliert? Der Sprechende kann sich einen Zusammenhang zu den hier herrschenden Qualitätsrichtlinien vorstellen. Die Qualität hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Der Sprechende bemerkt, dass aber bei der Entlastung der Eltern noch Nachholbedarf besteht. Die von Maria Pilotto beschriebene Vision der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist auch dem Stadtrat ein Anliegen und soll gestärkt werden. Es ist gesellschaftspolitisch wichtig, dass beide Elternteile selbstständig sind und die Verantwortung wahrnehmen können. Es ist auch wichtig für die Wirtschaft, wie sie selber auch immer wieder betont. Der Stadtrat wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf laufend weiterentwickeln. Heute wird das kleine Instrument in Form der Betreuungsgutscheine auch als sozialpolitisches Instrument eingesetzt. Es wäre eine Art Vision, die familienergänzende Kinderbetreuung so weiterzuentwickeln, dass sie in Zukunft einmal Teil einer städtischen Regelstruktur ist. Aber bis dahin ist ein langer Weg. Dieser Weg braucht eine starke Zusammenarbeit von verschiedenen Staatsebenen, von Bund, Kanton und Gemeinden. Es ist sehr wichtig, dass die Stadt mit den anderen Gemeinden im Dialog bleibt und sei es im Moment auch nur über den Qualitätsdialog.

Die Interpellation 358 ist somit beantwortet.

Ratspräsident Albert Schwarzenbach: Damit sind wir am Schluss der letzten Sitzung dieser Legislatur angelangt und das führt zu kleinen organisatorischen Informationen: Der Sprechende bittet alle Mitglieder des Grossen Stadtrates, beim Verlassen des Saals ihre Badges abzugeben. Auf die neue Legislaturperiode werden neue Badges ausgestellt. Der Sprechende hätte das Parlament an seinem Ausflug gerne nach Horw, in die Hochschule Luzern, iHomeLab, geführt. Alle, die sich für Digitalisierung interessieren, wären voll auf ihre Rechnung gekommen; Gebäudeintelligenz zum Erleben. Dieser Ausflug fiel leider dem Corona zum Opfer. Vielleicht möchte die eine oder der andere das selber einmal entdecken. Es gibt öffentliche Besichtigungen und es lohnt sich, dort einmal eine Stunde hineinzuschauen. Deshalb wird der Sprechende den Parlamentsmitgliedern eine Karte zukommen lassen. Ratspräsident Albert Schwarzenbach erinnert an die letzte Sitzung, an die Verabschiedung von Marcel Lingg, und freut sich, ihm im Anschluss an diese Sitzung sein einzigartiges Geschenk, nämlich eine NZZ vom 5. September 1996, überreichen zu können. Das Paket hat seinen Weg nun tatsächlich bis Luzern geschafft. Dem Sprechenden bleibt zum Schluss nur noch zu danken. Ganz speziell dankt er dem Team der Stadtkanzlei. Michèle Bucher startete am 1. April dieses Jahres neu als Stadtschreiberin, kam praktisch in ein leeres Stadthaus und musste gleich im Corona-Rhythmus die Konzepte für den Grossen Stadtrat mitentwickeln. Das hat sie sehr gut gemacht; der Sprechende schätzte die Zusammenarbeit sehr. Die Seele dieses Teams ist Brigitte Koller. Von ihr lesen und hören die Parlamentarierinnen und Parlamentarier ständig etwas. Er als Ratspräsident konnte ihr bereits am Morgen um 7 Uhr anrufen oder auch am Abend um 20 Uhr, sie war immer erreichbar – oder sagte ihm zumindest, dass sie am Folgetag wieder im Büro sei. Die dritte Person, die der Sprechende speziell erwähnen möchte, ist Daniel Egli. Er ist das juristische Gewissen. Wenn der Sprechende etwas wissen wollte, konnte er sich mit ihm bestens unterhalten.

Einmal – so erzählt der Sprechende schmunzelnd – kam auch Daniel Egli an seine Grenzen, nämlich bei der BZO-Revision. Da sagte er, jetzt wisse er es auch nicht mehr so genau. Bei der Baudirektion konnte dann das entsprechende Know-how abgeholt werden. Diesen drei möchte der Sprechende ganz herzlich danken. Es ist ein tolles Team und es hat ihn sehr gefreut, mit ihnen zusammenzuarbeiten [langandauernder Applaus]. Der letzte Dank geht an alle, die etwas beigetragen haben. Es war ein gutes Jahr. Und wie er zu sagen pflegt, ist der Präsident immer genauso gut wie sein Parlament. Der Sprechende richtet das Wort an alle Grosstadträtinnen und -räte und sagt: «Ihr seid ein gutes Parlament gewesen». Dann wünscht er allen eine schöne Sommerpause, weiterhin alles Gute und viel Erfolg und schliesst die Sitzung.

Langanhaltender Applaus.

Schluss der Sitzung: 16.50 Uhr

Luzern, 28. August 2020

Für das Protokoll:



Karin Spinnler Schmid
Protokollführerin

Eingesehen von:



Michèle Bucher
Stadtschreiberin